Niederschrift über die öffentliche konstituierende Sitzung des Rates der Stadt Wilhelmshaven mit Einwohnerfragestunde am Mittwoch, 2. November 2011, 16:00 Uhr, im Ratssaal Nr. 11/2011

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester
Ratsmitglied Melanie Bratzke
Ratsmitglied Jörn Felbier
Ratsmitglied Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Uwe Heinemann
Ratsmitglied Stephan Hellwig
Ratsmitglied Byrte Janßen
Ratsmitglied Brigitte Klee
Ratsmitglied Michael Kunze
Ratsmitglied Fritz Langen
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Prof. Günter Reuter
Ratsmitglied Jasmin Tegge
Ratsmitglied Lutz Wilhelm

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir
Ratsmitglied Holger Barkowsky
Ratsmitglied Peter Debring
Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger
Ratsmitglied Sabine Gastmann
Ratsmitglied Björn Heinisch
Ratsmitglied Howard Jacques
Ratsmitglied Wolfgang Jeschke
Ratsmitglied Petra Kolbe
Ratsmitglied Uwe Reese
Ratsmitglied Norbert Schmidt
Ratsmitglied Hermann Stolle
Ratsmitglied Michael Veh
Ratsmitglied Christine Will

Mitglied Gruppe Grüne/WBV/Piraten

Ratsmitglied Werner Biehl
Ratsmitglied Katja Breuer
Ratsmitglied Erika Lach
Ratsmitglied Sigrid Linsen-Steiner
Ratsmitglied Peter Sokolowski
Ratsmitglied Michael von den Berg
Ratsmitglied Stefan Becker (WBV)
Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann (WBV)
Ratsmitglied Rainer Büscher (Piraten)

Mitglied BASU-Fraktion

Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum
Ratsmitglied Joachim Tjaden

Mitglied FW-Fraktion

Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis
Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Mitglied FDP

Ratsmitglied Dr. Michael von Teichman

Mitglied "Die Linke"

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek
Stadtrat Dr. Jens Graul

von der Verwaltung

Büro Oberbürgermeister Claudia Wachenfeld
Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Arnold Preuß
Fachbereich Kommunikation & Koordination Bianka Götz
Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers
Fachbereich Kommunikation & Koordination Ira Wernicke
Fachbereichsleitung Rechtsamt Marion Fiedelak

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

Gäste

Geschäftsführer Niedersächsischer Städtetag Heiger Scholz
Ehrenratsherr Walter Schulz
Ehemaliges Ratsmitglied Wilfrid Adam
Ehemaliges Ratsmitglied Joachim Ender
Ehemaliges Ratsmitglied Bernhard Rech
Ehemaliges Ortsratsmitglied André Bents

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 39

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit	
2	Vereidigung des Oberbürgermeisters	
3	Förmliche Verpflichtung der Ratsmitglieder gem. § 60 NKomVG sowie Pflichtenbelehrung der Ratsmitglieder gemäß § 43 NKomVG und Belehrung über die Wahrnehmung des Steuergeheimnisses	
4	Ehrungen für langjährige Ratsmitgliedschaft	
5	Bekanntgabe der Fraktionen und Gruppen	
6	Wahl der / des Ratsvorsitzenden	
7	Feststellung der Tagesordnung	
8	Bestimmung der Stellvertretung der / des Ratsvorsitzenden	
9	Geschäftsordnung des Rates siehe dazu:	**316/2011**
	a) Antrag von Ratsherrn Dr. von Teichman auf Änderung der Geschäftsordnung zur Bildung eines Rechnungsprüfungs-Ausschusses	**524/2011**
	b) Antrag der BASU-Fraktion auf Änderung der Geschäftsordnung - Ferienregelung für Rats- und Ausschuss-Sitzungen	**533/2011**
	c) Antrag der BASU-Fraktion auf Änderung der Geschäftsordnung (diverse)	**534/2011**
	d) Schreiben von Herrn Dr. von Teichman vom 14.10.2011 - zur Information	
10	Bildung des Verwaltungsausschusses gem. § 75 NKomVG	
11	Antrag der BASU-Fraktion auf Änderung der Hauptsatzung - Streichung des/der zweiten ehrenamtl. Vertreters/Vertreterin des Oberbürgermeisters	**530/2011**
12	Wahl der / des Vertreterin/nen bzw. Vertreter/s des Oberbürgermeisters gemäß § 81 Abs. 2 NKomVG	
13	Bildung der Ausschüsse des Rates und der Gemeinde gem. §§ 71 und 73 NKomVG siehe dazu: Neubildung Jugendhilfeausschuss	**312/2011**
14	Verteilung der Ausschussvorsitze und Bestimmung der Vorsitzenden gemäß § 71 Abs. 8 NKomVG	
15	Benennung/Wahl von Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Wilhelmshaven in Wirtschaftsunternehmen, Zweckverbänden und anderen Gremien siehe dazu:	
	a) Bestätigung der Bedienstetenvertreter des Verwaltungsrates der Sparkasse gem. § 110 Abs. 4 NPersVG	**322/2011**
	b) Wahl des Kreisjägermeisters und der übrigen Mitglieder des Jagdbeirates	**314/2011**
16	Antrag der BASU-Fraktion auf Einberufung einer Gesellschafterversammlung und Änderung des Gesellschaftsvertrages der Reinhard-Nieter-Krankenhaus Städtische Kliniken gGmbH	**526/2011**
17	Antrag der BASU-Fraktion auf Einberufung einer Gesellschafterversammlung und Änderung des Gesellschaftsvertrages der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH	**527/2011**
18	Antrag der BASU-Fraktion auf Einberufung einer Gesellschafterversammlung und Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH	**528/2011**
19	Antrag der BASU-Fraktion auf Einberufung einer Gesellschafterversammlung und Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft mbH	**529/2011**
20	Antrag von Ratsherrn Dr. von Teichman auf Absenkung der Aufwandsentschädigungen in Aufsichtsgremien und Einberufung des Ältestenausschusses	**525/2011**

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Da noch kein Ratsvorsitzender gewählt war, eröffnete Ratsherr Prof. Reuter als ältestes, dazu bereites Ratsmitglied die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Vereidigung des Oberbürgermeisters

Herr Prof. Reuter erklärte die Erfordernis eines Diensteides dahingehend, dass mit dem Zeitpunkt des Amtsantrittes von Herrn Wagner als hauptamtlicher Oberbürgermeister kraft Gesetzes ein Beamtenverhältnis begründet werde und eine förmliche Ernennung daher nicht stattfinde. Gleichwohl habe der Oberbürgermeister gem. § 65 Absatz 1 des Niedersächsischen Beamtengesetzes in der ersten Sitzung des Rates nach Amtsantritt einen Diensteid zu leisten.

Die Vereidigung wurde durch Herrn Prof. Reuter vorgenommen.

Anschließend hielt **Oberbürgermeister Wagner** eine kurze Ansprache anlässlich seines Amtsantritts.

3 Förmliche Verpflichtung der Ratsmitglieder gem. § 60 NKomVG sowie Pflichtenbelehrung der Ratsmitglieder gemäß § 43 NKomVG und Belehrung über die Wahrnehmung des Steuergeheimnisses

Oberbürgermeister Wagner verpflichtete alle in der Niederschrift als anwesend verzeichneten Ratsmitglieder gem. § 60 NKomVG förmlich durch Handschlag, ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch zu erfüllen und die Gesetze zu beachten.

4 Ehrungen für langjährige Ratsmitgliedschaft

Der Geschäftsführer des Niedersächsischen Städtetages, **Herr Heiger Scholz**, nahm die Ehrungen für die 25-jährige Ratsmitgliedschaft der **Herren Wilfrid Adam**, **Holger Barkowsky**, **Joachim Ender, Karlheinz Föhlinger** und **Bernhard Rech** sowie für **Herrn André Bents** für den Ortsrat vor und überreichte anschließend die Ehrenurkunde des Niedersächsischen Städtetages.

Im Anschluss daran nahm **Oberbürgermeister Wagner** nach einer kurzen persönlichen Ansprache die Verleihung des goldenen Stadtehrenringes des Rates der Stadt Wilhelmshaven vor.
Oberbürgermeister dankte auch den übrigen ausgeschiedenen Ratsmitgliedern sowie seinem Vorgänger im Amt, Herrn Eberhard Menzel, für die geleistete Arbeit.

Herr Adam sprach im Namen der geehrten Ratsmitglieder seinen Dank aus und wünschte dem Rat der neuen Wahlperiode gutes Gelingen.

5 Bekanntgabe der Fraktionen und Gruppen

Herr Prof. Reuter informierte über das Vorliegen folgender Erklärungen:

- Bildung der CDU-Fraktion mit 15 Mitgliedern
- Bildung der SPD-Fraktion mit 14 Mitgliedern
- Bildung der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen mit 6 Mitgliedern
- Bildung der BASU-Fraktion mit 2 Mitgliedern
- Bildung der Fraktion Freie Wähler Wilhelmshaven mit 2 Mitgliedern und
- Bildung der Fraktion Wilhelmshavener Bürgervereinigung mit 2 Mitgliedern.

Darüber hinaus liege folgende Erklärung über einen Gruppenzusammenschluss vor:

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, bestehend aus
- Werner Biehl (Fraktionsvorsitzender)
- Katja Breuer (stellvertr. Fraktionsvorsitzende)
- Erika Lach
- Peter Sokolowski
- Sigrid Linsen-Steiner
- Michael von den Berg

wird für die nächste Wahlperiode eine Gruppe mit der „Wilhelmshavener BürgerVereinigung WBV“, bestehend aus
- Stefan Becker
- Hans Jürgen Lietzmann

und der „Piratenpartei“, bestehend aus
- Rainer Büscher

eingehen.

Der Name der Gruppe lautet „Grüne/WBV/Piraten“.

Gruppensprecher: Werner Biehl,
Stellvertreter: Stefan Becker, Rainer Büscher.

6 Wahl der / des Ratsvorsitzenden

Herr Hellwig schlug **Frau Ursula Glaser** für das Amt der Ratsvorsitzenden vor.

Da nur ein Wahlvorschlag vorlag und niemand widersprach, wurde per Handzeichen gewählt. In der folgenden Abstimmung wurde **Frau Glaser einstimmig** zur Ratsvorsitzenden gewählt.

Frau Glaser nahm die Wahl an und dankte für das entgegengebrachte Vertrauen.

7 Feststellung der Tagesordnung

Herr Tjaden erklärte, die BASU werde die Anträge zu Tagesordnungspunkt 9b) „Antrag der BASU-Fraktion auf Änderung der Geschäftsordnung – Ferienregelung für Rats- und Ausschuss-Sitzungen“ (Antrags-Nr. 533/2011) sowie zu Tagesordnungspunkt 16 „Antrag der BASU-Fraktion auf Einberufung einer Gesellschafterversammlung und Änderung des Gesellschaftsvertrages der Reinhard-Nieter-Krankenhaus Städtische Kliniken gGmbH“ (Antrags-Nr. 526/2011) **zurückziehen**.

Die Tagesordnung wurde daraufhin in der **geänderten** Form festgestellt.

8 Bestimmung der Stellvertretung der / des Ratsvorsitzenden

Herr Hellwig schlug **Herrn Helmut Möhle** für das Amt des stellvertretenden Ratsvorsitzenden vor.

Herr Ratsherr Helmut Möhle wurde daraufhin einstimmig zum stellvertretenden Ratsvorsitzenden gewählt.

9 Geschäftsordnung des Rates **316/2011**

Herr Prof. Reuter trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 31.10.2011 vor.

Dazu brachte **Herr Dr. von Teichman** seinen Änderungsantrag (Antrags-Nr. 524/2011) mit anschließender Begründung ein:

„*In § 26 Abs. (1) der Geschäftsordnung (neu) wird nach „Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz eingefügt:*

„Rechnungsprüfungsausschuss““

Herr Biehl signalisierte die Unterstützung der Gruppe Grüne/WBV/Piraten.

Der Antrag wurde bei 15 Ja-Stimmen (Gruppe Grüne/WBV/Piraten, BASU-Fraktion, Fraktion Freie Wähler, Herren Hammadi (Die Linke) und Dr. von Teichman (FDP)) und 30 Nein Stimmen (CDU-Fraktion, SPD-Fraktion sowie Oberbürgermeister Wagner) **mehrheitlich abgelehnt**.

Es lag außerdem ein weiterer **Änderungsantrag** von **Herrn Dr. von Teichman** vor, den er wie folgt vortrug:

„Der seitens der Verwaltung vorgelegte Entwurf wird – über meinen Antrag Nr. 524/2011 hinaus – wie folgt geändert:

1. In § 5 wird bei g) nach „Verhandlungsgegenstände“ eingefügt: „*einschließlich der gestellten Anträge“*
   Begründung: Bisher sind Anträge zu Beginn der Beratungen erörtert worden. Das sollte so bleiben. Der Entwurf sieht vor, die Anträge weit nach hinten in der Tagesordnung zu verschieben (i).

2. In § 5 wird eingefügt: „ i) *Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Beschlüsse und Vorgänge in den städtischen Gesellschaften und Beteiligungen*.“ Die folgenden Punkte rücken entsprechend in den Positionen weiter.
   Begründung: Der Rat ist verpflichtet, die städtischen Gesellschaften und Beteiligungen zu kontrollieren und zu prüfen (§ 150 NKomVG). Dazu bedarf es der regelmäßigen Information durch den Oberbürgermeister.

3. § 12 Abs. (5) wird gestrichen
   Begründung: Insbesondere in Verbindung mit § 12 Abs. (6) stellt die Redezeitbegrenzung einen erheblichen Eingriff in die Individualrechte jedes Ratsmitglieds dar. Sie ist darüber hinaus durch die bisherigen Erfahrungen nicht begründet. Große Fraktionen würden insofern begünstigt als zum Beratungsgegenstand mehrere Mitglieder sprechen könnten.

4. § 12 Abs. (6) wird gestrichen. § 12 Abs. 8 wird entsprechend angepasst
   Begründung: Dieser Vorschlag muss als rechtswidrig eingestuft werden, da er einen (weiteren) erheblichen Eingriff in die Rechte eines jeden Ratsmitgliedes darstellt, der durch keinerlei sachliche Notwendigkeit begründet ist. Auch in diesem Fall käme es zu einer ungerechtfertigten Bevorzugung von großen Fraktionen, da bei ihnen mehrere Mitglieder zum Beratungsgegenstand sprechen könnten. Die vorgesehenen Ausnahmen sind außerdem geeignet, zahlreiche Auslegungsdebatten zu führen.

5. In § 17 wird eingefügt: *„(3) Die im Rat vertretenen Fraktionen bzw. Gruppen oder mindestens fünf Ratsmitglieder können vom Oberbürgermeister Auskunft über Angelegenheiten von besonderer kommunalpolitischer Bedeutung in einer Großen Anfrage verlangen. (4) Große Anfragen an die Verwaltung müssen bei dem Oberbürgermeister spätestens zwei Wochen vor der Sitzung des Rates schriftlich oder durch andere Medien eingegangen sein. Die Große Anfrage wird zunächst von der antragstellenden Fraktion bzw. Gruppe begründet, an die Begründung schließt sich die Antwort des Oberbürgermeisters unmittelbar an. Der Rat kann in eine Aussprache eintreten. (5) Die Antwort wird in der Regel innerhalb einer Woche nach Beantwortung dem Antragsteller, den Fraktionsvorsitzenden und Gruppensprechern ausgehändigt.*
   Begründung: Große Anfragen ergeben die Möglichkeit, die gegebenen Antworten zu hinterfragen und nähere Auskünfte zu verlangen. Die mögliche Aussprache kann zu einer vertieften Information des Rates führen.

6. In § 26 Abs. (1) heißt es: „*Ausschuss für Kultur“* darunter: „*Ausschuss für Sport“*
   Begründung: Ein innerer Zusammenhang zwischen Kultur und Sport ist nicht gegeben. Allein, dass diese Aufgaben in demselben Dezernat vereinigt sind, rechtfertigt nicht einen gemeinsamen Ausschuss. Eine Einsparung ist nicht zu erwarten.“

Herr Biehl bat, über die einzelnen Punkte getrennt abstimmen zu lassen.
Außerdem **beantragte** er, zu Ziff. 5 den ersten Teil des Satzes, nämlich „*Die im Rat vertretenen Fraktionen bzw. Gruppen oder“* zu streichen.

Über die einzelnen Punkte des Änderungsantrages von Herrn Dr. von Teichman wurde daraufhin einzeln abgestimmt:

1) *„In § 5 wird bei g) nach „Verhandlungsgegenstände“ eingefügt: „einschließlich der gestellten Anträge““*
= **mehrheitlich abgelehnt**

2) *„In § 5 wird eingefügt: „ i) Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Beschlüsse und Vorgänge in den städtischen Gesellschaften und Beteiligungen.“ Die folgenden Punkte rücken entsprechend in den Positionen weiter.“*
= **mehrheitlich abgelehnt**

3) *„§ 12 Abs. (5) wird gestrichen“*
= **mehrheitlich abgelehnt**

4) *„§ 12 Abs. (6) wird gestrichen. § 12 Abs. 8 wird entsprechend angepasst“*
= **mehrheitlich abgelehnt**

5) Der **Änderungsantrag von Ratsherrn Biehl,** zu Ziff. 5 den ersten Teil des Satzes, nämlich „*Die im Rat vertretenen Fraktionen bzw. Gruppen oder“,* zu streichen, wurde **mehrheitlich abgelehnt.**

Antrag von Ratsherrn Dr. von Teichman:
„In § 17 wird eingefügt: „(3) Die im Rat vertretenen Fraktionen bzw. Gruppen oder mindestens fünf Ratsmitglieder können vom Oberbürgermeister Auskunft über Angelegenheiten von besonderer kommunalpolitischer Bedeutung in einer Großen Anfrage verlangen. (4) Große Anfragen an die Verwaltung müssen bei dem Oberbürgermeister spätestens zwei Wochen vor der Sitzung des Rates schriftlich oder durch andere Medien eingegangen sein. Die Große Anfrage wird

zunächst von der antragstellenden Fraktion bzw. Gruppe begründet, an die Begründung schließt sich die Antwort des Oberbürgermeisters unmittelbar an. Der Rat kann in eine Aussprache eintreten. (5) Die Antwort wird in der Regel innerhalb einer Woche nach Beantwortung dem Antragsteller, den Fraktionsvorsitzenden und Gruppensprechern ausgehändigt.“
= **mehrheitlich abgelehnt**

6) *„In § 26 Abs. (1) heißt es: „Ausschuss für Kultur“ darunter: „Ausschuss für Sport““*
= **mehrheitlich abgelehnt**

Anschließend brachte **Herr Tjaden** auf Vorschlag der **Ratsvorsitzenden Frau Glaser** die Punkte des **Antrags der BASU-Fraktion** zu Tagesordnungspunkt 9c), Antrags-Nr. 534/2011, einzeln ein. Über diese wurde außerdem einzeln beraten und abgestimmt.

1.
„§ 1 Absatz (1)
Der Rat ist in der Regel einmal im Monat einzuberufen. Während der Sommer~~Schul~~ferien finden grundsätzlich keine Ratssitzungen statt.“

Herr Biehl wie auch **Herr Prof. Reuter** erklärten übereinstimmend, dieser Vorschlag sei wenig praktikabel. Es bestehe bei Bedarf immer die Möglichkeit, eine Sondersitzung stattfinden zu lassen.
Dieser Punkt wurde anschließend **mehrheitlich abgelehnt**.

2.
„§ 1 Absatz (3)
Die Ladung und die Bereitstellung der Vorlagen erfolgt unter Nutzung des bei der Stadt Wilhelmshaven betriebenen Ratsinformationssystems. Die Ratsfrauen und Ratsherren sind verpflichtet, Änderungen ihrer Postanschrift, Telefaxverbindung oder E-Mail-Adresse umgehend dem Oberbürgermeister mitzuteilen. In der Ladung sind Zeit und Ort der Sitzung bekanntzugeben. Mit der Ladung sind die Tagesordnung sowie alle ~~in der Regel~~ Vorlagen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten bereit zu stellen. Bei der Aufstellung der Tagesordnung ist § 5 zu beachten. Jeder Beratungsgegenstand muss konkret bezeichnet werden.“

= **mehrheitlich abgelehnt**

3.
„§ 12 Absatz (6) wird gestrichen“

= **mehrheitlich abgelehnt**

4.
„§ 15 Absatz (4)
Es wird offen abgestimmt. Auf Antrag von mindestens einem Drittel der anwesenden Ratsmitglieder ist namentlich abzustimmen. Auf Antrag ist geheim abzustimmen. Dies gilt nicht für die Abstimmung über Geschäftsordnungsanträge.“

Herr Dr. von Teichman zeigte sich skeptisch hinsichtlich dieses Anliegens. Er halte es für wichtig, dass auch für die Bürger ersichtlich sei, wer wie abgestimmt habe.

Herr Biehl stimmte dem Einwand zu. Er vermute, dies solle zur Abweichung vom Fraktionszwang genutzt werden.

Frau Biester merkte an, eine solche Regelung stehe gegen Transparenz und Bürgernähe.

Herr Tjaden wendete ein, dass die geheime Abstimmung lediglich als Ausnahme bei Bedarf gedacht sei. Niemand wolle sich damit gegen Transparenz und Bürgernähe stellen.

Nachdem die Thematik kurz zwischen **Frau Biester**, **Herrn Biehl** und **Herrn Tjaden** weiter diskutiert wurde, wurde dieser Teil des Antrages ebenfalls **mehrheitlich abgelehnt.**

5.
„In § 17 wird ein neuer Absatz (2) eingefügt
Die im Rat vertretenen Fraktionen bzw. Gruppen oder mindestens fünf Ratsmitglieder können vom Oberbürgermeister Auskunft über Angelegenheiten von besonderer kommunalpolitischer Bedeutung in einer Großen Anfrage verlangen.“

Auf den Einwand von **Herrn Biehl**, dieser Teil sei gleichlautend mit dem soeben abgelehnten Änderungsantrag von Herrn Dr. von Teichman erklärte **Herr Tjaden**, er werde den Antrag dennoch aufrecht erhalten, da er nicht sicher sei, ob dieser das gleiche Anliegen beinhalte.

Ziff. 5 des Antrages der BASU-Fraktion wurde daraufhin **mehrheitlich abgelehnt**.

6.
„§ 20 Absatz (2)
Im Protokoll werden die wesentlichen Inhalte der Verhandlungen festgehalten. ~~Ein Wortprotokoll ist ausgeschlossen~~. Aus dem Protokoll muss ersichtlich sein, wann und wo die Sitzung stattgefunden hat, wer an ihr teilgenommen hat, welche Gegenstände verhandelt, welche Beschlüsse gefasst und welche Wahlen angenommen worden sind. Die Abstimmungsergebnisse sind festzuhalten. Jedes Ratsmitglied kann verlangen, dass aus dem Protokoll hervorgeht, wie es abgestimmt hat; dies gilt nicht bei geheimer Wahl.“

Auf Bitten von **Herrn Biehl** bestätigte **Herr Stoffers**, dass der Verzicht auf ein Wortprotokoll rechtlich nicht bedenklich sei. Im Übrigen sei dies sogar in der Mustersatzung des Niedersächsischen Städtetages vorgesehen.

Herr Biehl bat daraufhin um Klärung, welche Überprüfungsmöglichkeiten es im Streitfall für Ratsmitglieder außerdem gebe.

Herr Stoffers machte darauf aufmerksam, dass für diese Fälle die Möglichkeit bestehe, die akustische Aufzeichnung der betreffenden Ratssitzung heranzuziehen.

Auf den Einwand von **Herrn Tjaden**, diese sei jedoch ausschließlich für die Erstellung des Protokolls vorgesehen, erklärte **Herr Stoffers**, dass im Zweifelsfall das Abhören der Aufzeichnung erlaubt sei.

In der anschließenden Abstimmung wurde Ziff. 6 des Antrages der BASU-Fraktion **mehrheitlich abgelehnt**.

7.
„In § 23 wird ein neuer Absatz (4) eingefügt
Jede Ratsfrau und jeder Ratsherr ist berechtigt, an den Sitzungen des Verwaltungsausschusses als Zuhörerin bzw. Zuhörer teilzunehmen. Ein Anspruch auf Sitzungsgeld für die Zuhörerinnen und Zuhörer besteht nicht.“

Dieser Punkt wurde von **Herrn Tjaden** mit dem Hinweis auf die nun gesetzliche Verankerung dieser Regelung **zurückgezogen**.

Im Anschluss daran brachte **Herr Tjaden** einen weiteren **Änderungsantrag der BASU-Fraktion** zur Geschäftsordnung (BASU-Antrag Nr. 012) ein, der zur Sitzung als Tischvorlage vorlag. Auch hier wurde über die einzelnen Punkte des Änderungsantrags getrennt beraten und abgestimmt:

1.
„In § 5 Sitzungsverlauf wird als Punkt e) eingefügt:
Aktuelle Stunde
Die folgenden Punkte verschieben sich entsprechend.“

Der Punkt wurde von **Herrn Tjaden zurückgezogen**, da dies bereits in den neuen Entwurf der Geschäftsordnung eingearbeitet worden war.

2.
„§ 12 wird wie folgt geändert
Dann aber Antrag auf Streichung des Absatzes zurückziehen.

(5) Die Redezeit beträgt grundsätzlich bis zu 5 Minuten, für die Begründung eines schriftlichen Antrages bis zu 10 Minuten. Die / der Ratsvorsitzende kann die Redezeit verlängern. Bei Widerspruch beschließt der Rat über die Verlängerung der Redezeit.

(6) Jede~~s~~ ~~Ratsmitglied~~ Fraktion darf grundsätzlich zu einem Beratungsgegenstand nur zweimal ~~einmal~~ sprechen; ausgenommen sind
a) das Schlusswort der Antragstellerin oder des Antragstellers unmittelbar vor der Abstimmung,
b) die Richtigstellung offenbarer Missverständnisse,
c) Anfragen zur Klärung von Zweifelsfragen,
d) Anträge und Einwendungen zur Geschäftsordnung
~~e) Wortmeldungen des Oberbürgermeisters gemäß Abs. 4.~~

Die/der Ratsvorsitzende kann im Einzelfall zulassen, dass eine Fraktion ~~Ratsmitglied~~ mehr als zweimal ~~einmal~~ zu einer Sache sprechen darf. Bei Widerspruch entscheidet der Rat.“
Herr Biehl merkte an, dass in diesem Fall jedoch die fraktionslosen Ratsmitglieder benachteiligt würden. Es sollte dann besser heißen *„Jede Fraktion plus Ratsmitglieder ohne Fraktionsstatus…“*. Er halte es außerdem für unzulässig, die Wortmeldungen des Oberbürgermeisters, wie von Herrn Tjaden beantragt, hier auszunehmen.

Herr Tjaden erklärte, er sehe diese Regelung als überflüssig an, da der Oberbürgermeister ohnehin immer das Wort nehmen dürfe. Außerdem halte er es für die Organisation einfacher, wenn das Zeitlimit auf Fraktionen zusammengefasst werde.

Nachdem **Herr Biehl** sein Anliegen erneut erläutert hatte, erklärte sich **Herr Tjaden** mit der von Herrn Biehl gewünschten Änderung *„Jede Fraktion **plus Ratsmitglieder ohne Fraktionsstatus** darf grundsätzlich zu einem Beratungsgegenstand nur zweimal sprechen; ausgenommen sind…“* einverstanden.

Herr Hellwig machte auf die Notwendigkeit einer Redezeitbegrenzung aufmerksam. Damit werde der Rat in die Lage versetzt, wieder zielgerichtet zu arbeiten.

Herr Dr. von Teichman wies die seiner Auffassung nach darin enthaltene Unterstellung, es würde zu viel geredet, zurück.

Herr Biehl brachte abschließend seinen **Änderungsantrag** ein, der die Abfassung des § 12 Abs. 6 wie folgt vorsieht:

Der um die Änderung von Herrn Biehl ergänzte Änderungsantrag der BASU-Fraktion, Ziffer 1

„§ 12 wird wie folgt geändert
Dann aber Antrag auf Streichung des Absatzes zurückziehen.

(5) Die Redezeit beträgt grundsätzlich bis zu 5 Minuten, für die Begründung eines schriftlichen Antrages bis zu 10 Minuten. Die / der Ratsvorsitzende kann die Redezeit verlängern. Bei Widerspruch beschließt der Rat über die Verlängerung der Redezeit.

(6) Jede~~s~~ ~~Ratsmitglied~~ Fraktion plus Ratsmitglieder ohne Fraktionsstatus darf grundsätzlich zu einem Beratungsgegenstand nur zweimal ~~einmal~~ sprechen; ausgenommen sind

a) das Schlusswort der Antragstellerin oder des Antragstellers unmittelbar vor der Abstimmung,
b) die Richtigstellung offenbarer Missverständnisse,
c) Anfragen zur Klärung von Zweifelsfragen,
d) Anträge und Einwendungen zur Geschäftsordnung
~~e) Wortmeldungen des Oberbürgermeisters gemäß Abs. 4.~~

Die/der Ratsvorsitzende kann im Einzelfall zulassen, dass eine Fraktion ~~Ratsmitglied~~ mehr als zweimal ~~einmal~~ zu einer Sache sprechen darf. Bei Widerspruch entscheidet der Rat.“

wurde anschließend bei 15 Ja-Stimmen (Gruppe Grüne/WBV/Piraten, BASU-Fraktion, Fraktion FW, Herren Hammadi (Die Linke) und Dr. von Teichman (FDP)) **mehrheitlich abgelehnt**.

3.
„§ 27 wird wie folgt geändert:
(2) Die Sitzungen der Ausschüsse sind öffentlich. In nichtöffentlicher Sitzung werden unabhängig davon, ob jeweils entsprechende Gründe den Ausschluss der Öffentlichkeit erfordern, die folgenden Gegenstände behandelt:

- Grundstücks~~angelegenheiten~~ geschäfte/verträge
- Personalangelegenheiten
- Vergaben
- Verhandlungen mit Gewerbeansiedlungswilligen.

Jedes Ausschussmitglied kann verlangen, dass ein Gegenstand in die Tagesordnung des öffentlichen Teils aufgenommen wird. Vor der Beratung des Gegenstandes beschließt der Ausschuss, ob der Gegenstand öffentlich oder nicht öffentlich behandelt wird.“

Auf Nachfrage von **Herrn Biehl** erklärte **Herr Stoffers**, dass der Austausch der Begriffe „Grundstücksangelegenheiten“ und „Grundstücksgeschäfte/-verträge“ unschädlich sei.

Herr Prof. Reuter wendete ein, es gebe gerade in diesem Bereich jedoch auch Themen, die nicht unter die von Herrn Tjaden genannte Definition fielen und dennoch der Vertraulichkeit bedürften.

Herr Stoffers führte dazu aus, dass der ursprüngliche Begriff „Grundstücksangelegenheiten“ daher der bessere, weil umfassendere, sei. Dennoch könne die Verwaltung auch die von Herrn Tjaden beantragte Änderung akzeptieren. Rechtliche Bedenken bestünden hiergegen nicht.

Ziff. 3 des Änderungsantrages wurde bei 12 Ja-Stimmen (Grüne/WBV/Piraten, BASU-Fraktion und Herr Dr. von Teichman(FDP)) **mehrheitlich abgelehnt**.

Abschließend beantragte **Herr Hellwig** in § 26 Abs. 1 den *Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen wieder aufzunehmen*.

Dieser Änderungsantrag wurde **mehrheitlich angenommen**.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen und Änderungsanträge vorlagen, wurde über die Geschäftsordnung inkl. der beschlossenen Änderung abgestimmt:

Die Geschäftsordnung wurde in der vorliegenden Form, inklusive der Ergänzung von Herrn Hellwig mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen (BASU-Fraktion und Herr Dr. von Teichman (FDP)) angenommen.

10 Bildung des Verwaltungsausschusses gem. § 75 NKomVG

Die Fraktionen benannten die Mitglieder des Verwaltungsausschusses und deren VertreterInnen entsprechend der vorgegebenen Sitzverteilung wie folgt:

CDU	**Vertreter**
Ratsfrau Ursula Glaser	Ratsherr Michael Kunze
Ratsherr Stefan Hellwig	Ratsherr Martin Harms
Ratsherr Fritz Langen	Ratsherr Helmut Möhle
SPD	**Vertreter**
Ratsherr Holger Barkowsky	Ratsherr Howard Jacques
Ratsherr Karlheinz Föhlinger	Ratsfrau Christine Will
Ratsherr Michael Veh	Ratsfrau Petra Kolbe
Gruppe Grüne/WBV/Piraten	**Vertreter**
Ratsherr Stefan Becker	Ratsherr Hans-Jürgen Lietzmann
Ratsherr Werner Biehl	Ratsfrau Katja Breuer
BASU Grundmandat	**Vertreter**
Ratsherr Joachim Tjaden	Ratsfrau Barbara Ober-Bloibaum
Freie Wähler (FW) Grundmandat	**Vertreter**
Ratsherr Frank Uwe Walpurgis	Ratsherr Horst Dieter Walzner

Beschluss: (einstimmig)

Der Rat stellt die Bildung des Verwaltungsausschusses – wie soeben vorgetragen – durch Beschluss fest.

11 Antrag der BASU-Fraktion auf Änderung der Hauptsatzung - Streichung des/der zweiten ehrenamtl. Vertreters/Vertreterin des Oberbürgermeisters **530/2011**

Herr Tjaden brachte folgenden Antrag der BASU-Fraktion ein:

„Der Rat möge beschließen:

Die Hauptsatzung wird wie folgt geändert:
In § 7 - Vertreter des Oberbürgermeisters – wird in Absatz (3) zwei ehrenamtliche Vertreterinnen und/oder Vertreter gestrichen und durch eine Vertreterin oder Vertreter ersetzt.“

Der Antrag wurde **mehrheitlich abgelehnt**.

12 Wahl der / des Vertreterin/nen bzw. Vertreter/s des Oberbürgermeisters gemäß § 81 Abs. 2 NKomVG

Es waren gemäß der unverändert gebliebenen Festlegung in der Hauptsatzung zwei ehrenamtliche Vertreterinnen bzw. Vertreter des Oberbürgermeisters zu wählen. Eine Vertretungsreihenfolge wurde **nicht** festgelegt.

Herr Föhlinger schlug Herrn Beigeordneten Holger Barkowsky vor.

Herr Hellwig schlug Herrn Beigeordneten Fritz Langen vor.

Herr Tjaden beantragte geheime Wahl.

Als **Schriftführerinnen** wurden daraufhin Frau Kolbe und Frau Biester gewählt.

Nach durchgeführter geheimer Wahl brachte die Stimmauszählung durch die Schriftführerinnen folgendes Ergebnis:

a) Für Herrn Langen ergaben sich 37 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.
Damit hatte Herr Langen die erforderliche Mehrheit erreicht und wurde zum Bürgermeister gewählt. Herr Langen nahm die Wahl an.

b) Auf Herrn Barkowsky entfielen 25 Ja-Stimmen und 20 Nein-Stimmen.
Damit hatte Herr Barkowsky die erforderliche Mehrheit erreicht und wurde ebenfalls zum Bürgermeister gewählt. Herr Barkowsky nahm die Wahl an.

13 Bildung der Ausschüsse des Rates und der Gemeinde gem. §§ 71 und 73 NKomVG

Frau Glaser schlug vor, den erforderlichen Beschluss über die Sitzverteilung und die namentliche Benennung der Mitglieder nach der Bildung sämtlicher Ausschüsse zu fassen. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Anschließend benannten die Fraktionen die Mitglieder der Ausschüsse entsprechend der vorgegebenen Sitzverteilung. Gleichzeitig wurden die beratenden Mitglieder der betreffenden Ausschüsse benannt.

AUSSCHUSS FÜR FINANZEN UND WIRTSCHAFT

Frau Glaser erklärte, der Ausschuss bestehe aus 15 Ratsmitgliedern; die Verteilung der Sitze erfolge nach dem Prinzip Hare-Niemeyer. Weiterhin müssen zu den Ausschuss-Mitgliedern die Beigeordneten gehören.

Der Ausschuss wurde wie folgt besetzt:

CDU-Fraktion	**Vertreter**
Beigeordnete Glaser, Ursula	
Ratsherr Heinemann, Uwe	
Beigeordneter Hellwig, Stefan	
Bürgermeister Langen, Fritz	
Ratsherr Prof. Reuter, Günter	

SPD-Fraktion	**Vertreter**
Bürgermeister Barkowsky, Holger	Ratsherr Jeschke, Wolfgang
Ratsherr Debring, Peter	
Beigeordneter Föhlinger, Karlheinz	
Ratsherr Jacques, Howard	
Beigeordneter Veh, Michael	

Gruppe Grüne/WBV/Piraten	**Vertreter**
Beigeordneter Becker, Stefan	
Beigeordneter Biehl, Werner	Ratsfrau Lach, Erika
Ratsfrau Breuer, Katja	

BASU-Fraktion	**Vertreter**
Ratsherr Tjaden, Joachim	

Fraktion Freie Wähler
Ratsherr Walpurgis, Frank Uwe

AUSSCHUSS FÜR PERSONAL- UND GLEICHSTELLUNGSFRAGEN

Frau Glaser informierte, dieser Ausschuss bestehe aus 9 Ratsmitgliedern; die Verteilung der Sitze erfolge nach dem Prinzip Hare-Niemeyer. Über die Zuordnung des 9. Ausschuss-Sitzes entscheide wegen gleicher Höchstzahlen zwischen der BASU-Fraktion und der Fraktion Freie Wähler das Los. Die Fraktion, auf die das Los falle, benenne ein Ausschussmitglied, die jeweils andere Fraktion habe Anspruch auf ein Grundmandat.

Das Los wurde gem. § 71 Abs. 2 Satz 6 NKomVG durch die **Ratsvorsitzende Frau Glaser gezogen**. Der 9. Ausschuss-Sitz entfiel danach auf die BASU-Fraktion.

Der Ausschuss wurde wie folgt besetzt:

CDU-Fraktion	**SPD-Fraktion**
Ratsherr Felbier, Jörn	Ratsherr Heinisch, Björn
Ratsfrau Janßen, Byrte	Ratsherr Jacques, Howard
Ratsfrau Tegge, Jasmin	Ratsherr Stolle, Hermann

Gruppe Grüne/WBV/Piraten	**BASU-Fraktion**
Beigeordneter Becker, Stefan	Ratsfrau Ober-Bloibaum, Barbara
Ratsfrau Breuer, Katja	

Grundmandat Fraktion Freie Wähler
Ratsherr Walpurgis, Frank Uwe

AUSSCHUSS FÜR PLANEN UND BAUEN

Der Ausschuss besteht aus 9 Ratsmitgliedern; das Los zur Verteilung des 9. Sitzes wurde erneut durch die Ratsvorsitzende, **Frau Glaser**, gezogen. Demnach entfiel der 9. Sitz auf die Fraktion Freie Wähler. Die BASU-Fraktion erhielt ein Grundmandat.

Der Ausschuss wurde wie folgt besetzt:

CDU-Fraktion
Ratsherr Harms, Martin
Bürgermeister Langen, Fritz
Ratsherr Wilhelm, Lutz

SPD-Fraktion
Ratsherr Jeschke, Wolfgang
Ratsherr Schmidt, Norbert
Beigeordneter Veh, Michael

Gruppe Grüne/WBV/Piraten
Ratsherr Büscher, Rainer
Ratsfrau Lach, Erika

Fraktion Freie Wähler
Ratsherr Walzner, Horst Dieter

Grundmandat BASU-Fraktion
Ratsfrau Ober-Bloibaum, Barbara

Dem Ausschuss gehört als beratendes Mitglied der Fahrradbeauftragte an.

AUSSCHUSS FÜR SOZIALES UND GESUNDHEIT

Der Ausschuss besteht aus 9 Ratsmitgliedern. Das Los zur Verteilung des 9. Sitzes wurde durch die Ratsvorsitzende gezogen. Demnach entfiel der 9. Sitz auf die Fraktion Freie Wähler. Die BASU-Fraktion erhielt ein Grundmandat.

Der Ausschuss wurde wie folgt besetzt:

CDU-Fraktion
Ratsfrau Biester, Ursula
Ratsfrau Klee, Brigitte
Ratsherr Möhle, Helmut

SPD-Fraktion
Ratsfrau Bakir, Nurhayat
Ratsfrau Kolbe, Petra
Ratsherr Reese, Uwe

Gruppe Grüne/WBV/Piraten
Ratsherr Büscher, Rainer
Ratsfrau Linsen-Steiner, Sigrid

Fraktion Freie Wähler
Ratsherr Walpurgis, Frank Uwe

Grundmandat BASU-Fraktion
Ratsfrau Ober-Bloibaum, Barbara

Zudem wurden neben den Ratsvertretern auch folgende 3 sozial erfahrene Personen als beratende Mitglieder vom Rat einstimmig berufen:

1. Herr Manfred Kaluza als Vorsitzender des Seniorenbeirates
und auf Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände
2. Frau Petra Meyer-Machtemes von der Diakonie
3. Herr Joachim Stasch von der Arbeiterwohlfahrt.

Nachdem **Frau Glaser** darauf hingewiesen hatte, dass ebenfalls vom DGB die Entsendung eines beratenden Mitgliedes beantragt worden sei, machte **Herr Stoffers** darauf aufmerksam, dass üblicherweise die beratenden Mitglieder von den freien Wohlfahrtsverbänden vorgeschlagen würden. Dies liege darin begründet, dass die Mitglieder dieser Verbände einen Teil der Aufgaben der Stadt in diesem Bereich wahrnähmen. Dies sei beim DGB nicht der Fall, bislang seien keine gewerkschaftlichen Mitglieder im Ausschuss für Soziales und Gesundheit

vertreten. Die Verwaltung vertrete die Auffassung, dass von der Aufgabenstellung her ein Vertreter der Gewerkschaft nicht in den Ausschuss passe und empfehle, die bisherige Zusammensetzung unverändert zu lassen.

Der Antrag des DGB auf Entsendung eines zusätzlichen beratenden Mitgliedes in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit wurde daraufhin **mehrheitlich abgelehnt.**

AUSSCHUSS FÜR SPORT UND KULTUR

Der Ausschuss besteht aus 9 Ratsmitgliedern. Das Los zur Verteilung des 9. Sitzes wurde durch die Ratsvorsitzende gezogen. Demnach entfiel der 9. Sitz erneut auf die Fraktion Freie Wähler. Die BASU-Fraktion erhielt ein Grundmandat.

Der Ausschuss wurde wie folgt besetzt:

CDU-Fraktion
Ratsfrau Biester, Ursula
Ratsfrau Klee, Brigitte
Ratsherr Möhle, Helmut

SPD-Fraktion
Ratsherr Reese, Uwe
Ratsherr Stolle, Hermann
Ratsfrau Will, Christine

Gruppe Grüne/WBV/Piraten
Ratsherr von den Berg, Michael
Ratsherr Lietzmann, Hans-Jürgen

Fraktion Freie Wähler
Ratsherr Walpurgis, Frank Uwe

Grundmandat BASU-Fraktion
Ratsfrau Ober-Bloibaum, Barbara

Als **beratendes Mitglied** für den Bereich „Sport“ wurde auf Vorschlag des Stadtsportbundes Herr Nils Böhme benannt.

AUSSCHUSS FÜR UMWELT, LANDWIRTSCHAFT UND BRANDSCHUTZ

Der Ausschuss besteht aus 9 Ratsmitgliedern. Das Los zur Verteilung des 9. Sitzes wurde durch die Ratsvorsitzende gezogen. Demnach entfiel der 9. Sitz erneut auf die Fraktion Freie Wähler. Die BASU-Fraktion erhielt ein Grundmandat.

Der Ausschuss wurde wie folgt besetzt:

CDU-Fraktion
Ratsherr Harms, Martin
Ratsfrau Janßen, Byrte
Ratsherr Wilhelm, Lutz

SPD-Fraktion
Ratsfrau Bakir, Nurhayat
Ratsherr Reese, Uwe
Ratsherr Stolle, Hermann

Gruppe Grüne/WBV/Piraten
Ratsherr von den Berg, Michael
Ratsherr Biehl, Werner

Fraktion Freie Wähler
Ratsherr Walzner, Horst Dieter

Grundmandat BASU-Fraktion
Ratsherr Tjaden, Joachim

Vertreter Landvolkverein
Herr Brören, Hartmut

Stellvertreter
Herr Behrends, Jan-Gerd

sowie als Gäste
Naturschutzbeauftragter, sowie ein
Mitglied des zuständigen Ausschusses für Umweltfragen des Landkreises Friesland.

BETRIEBSAUSSCHUSS GRUNDSTÜCKE UND GEBÄUDE

Der Ausschuss besteht aus 5 Ratsmitgliedern sowie dem Betriebsleiter und setzt sich wie folgt zusammen:

CDU-Fraktion	**Vertreter**
Ratsherr Felbier, Jörn	Ratsherr Prof. Reuter, Günter
Beigeordneter Hellwig, Stephan	Ratsherr Harms, Martin
SPD-Fraktion	**Vertreter/-in**
Ratsherr Jacques, Howard	Ratsfrau Kolbe, Petra
Ratsherr Schmidt, Norbert	Ratsherr Debring, Peter
Gruppe Grüne/WBV/Piraten	**Vertreter**
Ratsfrau Lach, Erika	Beigeordneter Biehl, Werner
Grundmandat BASU-Fraktion	**Vertreterin**
Ratsherr Tjaden, Joachim	Ratsfrau Ober-Bloibaum, Barbara
Grundmandat Fraktion Freie Wähler	**Vertreter**
Ratsherr Walzner, Horst Dieter	Ratsherr Walpurgis, Frank Uwe

Betriebsleiter (ohne Stimmrecht)
Herr Leinert, Oliver

BETRIEBSAUSSCHUSS KRANKENHAUS

Der Ausschuss besteht aus 6 Ratsmitgliedern sowie 3 stimmberechtigten Bedienstetenvertretern. Hier war die Verteilung des 6. Sitzes aufgrund gleicher Höchstzahlen zwischen der Gruppe Grüne/WBV/Piraten, der BASU-Fraktion und der Fraktion Freie Wähler zu losen. Nachdem die Ratsvorsitzende, **Frau Glaser**, das Los gezogen hatte, entfiel der 6. Sitz auf die Fraktion Freie Wähler. Die BASU-Fraktion erhielt ein Grundmandat.

Der Ausschuss wurde wie folgt besetzt:

CDU-Fraktion	**Vertreterin**
Ratsfrau Biester, Ursula	Ratsfrau Tegge, Jasmin
Ratsherr Heinemann, Uwe	Ratsfrau Klee, Brigitte
SPD-Fraktion	**Vertreter/-in**
Ratsherr Debring, Peter	Ratsherr Heinisch, Björn
Ratsherr Reese, Uwe	Ratsfrau Gastmann, Sabine
Gruppe Grüne/WBV/Piraten	**Vertreter**
Beigeordneter Biehl, Werner	Ratsherr Lietzmann, Hans-Jürgen
Fraktion Freie Wähler	**Vertreter**
Ratsherr Walpurgis, Frank Uwe	Ratsherr Walzner, Horst Dieter
Grundmandat BASU-Fraktion	**Vertreter**
Ratsfrau Ober-Bloibaum, Barbara	Ratsherr Tjaden, Joachim

(Bestätigung Bedienstetenvertreter – siehe folgende Seite!)

Hinsichtlich der **Bedienstetenvertreter** wurde folgender Beschluss gefasst:

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

*„Der Rat bestätigt die nachfolgend aufgeführten Personen als **Vertreter der Beschäftigten** im Betriebsausschuss Krankenhaus*

Herr Roland Bitzhöfer	*Stellvertreter: Herr Sascha Steinhagen*
Herr Ingo Rau	*Stellvertreter: Herr Marco Kießlich*

*Und als **externer Vertreter***

Herr Ralf Pollmann	*Stellvertreter: Herr Andre Hinrichs.“*

BETRIEBSAUSSCHUSS STÄDTISCHE DATENVERARBEITUNG WILHELMSHAVEN

Der Ausschuss besteht aus 5 Ratsmitgliedern sowie dem Betriebsleiter und setzt sich wie folgt zusammen:

CDU-Fraktion	**Vertreterin**
Bürgermeister Langen, Fritz	Ratsfrau Janßen, Byrte
Ratsfrau Tegge, Jasmin	Ratsfrau Bratzke, Melanie
SPD-Fraktion	**Vertreter**
Ratsfrau Bakir, Nurhayat	Ratsherr Stolle, Hermann
Ratsherr Heinisch, Björn	Ratsherr Jeschke, Wolfgang
Gruppe Grüne/WBV/Piraten	**Vertreterin**
Beigeordneter Becker, Stefan	Ratsfrau Breuer, Katja
Grundmandat BASU-Fraktion	**Vertreterin**
Ratsherr Tjaden, Joachim	Ratsfrau Ober-Bloibaum, Barbara
Grundmandat Fraktion Freie Wähler	**Vertreter**
Ratsherr Walzner, Horst Dieter	Ratsherr Walpurgis, Frank Uwe
Betriebsleiter (ohne Stimmrecht)	**Vertreter**
Herr Rüttgers, Hubert	Herr Wedekind, Walter

BETRIEBSAUSSCHUSS TECHNISCHE BETRIEBE WILHELMSHAVEN

Der Ausschuss besteht aus 6 Ratsmitgliedern sowie 3 stimmberechtigten Bedienstetenvertretern. Das Los zur Verteilung des 6. Sitzes zwischen der Gruppe Grüne/WBV/Piraten, der BASU-Fraktion und der Fraktion Freie Wähler wurde auch hier wieder durch die Ratsvorsitzende gezogen. Demnach entfiel der 6. Sitz auf die BASU-Fraktion. Die Fraktion Freie Wähler erhielt ein Grundmandat.

Der Ausschuss wurde wie folgt besetzt:

CDU-Fraktion	**Vertreter/in**
Ratsherr Harms, Martin	Beigeordnete Glaser, Ursula
Ratsfrau Janßen, Byrte	Ratsherr Wilhelm, Lutz
SPD-Fraktion	**Vertreter/in**
Ratsherr Jeschke, Wolfgang	Ratsherr Schmidt, Norbert
Beigeordneter Veh, Michael	Ratsherr Jacques, Howard
Gruppe Grüne/WBV/Piraten	**Vertreter/in**
Ratsherr Sokolowski, Peter	Beigeordneter Biehl, Werner

BASU-Fraktion	**Vertreter/in**
Ratsherr Tjaden, Joachim	Ratsfrau Ober-Bloibaum, Barbara
Grundmandat Fraktion Freie Wähler	**Vertreter/in**
Ratsherr Walzner, Horst Dieter	Ratsherr Walpurgis, Frank Uwe

Hinsichtlich der **Bedienstetenvertreter** erklärte **Frau Glaser**, diese seien bereits am 01.03.2011 im Rahmen der Betriebsgründung gewählt worden, weshalb eine erneute Wahl der Bedienstetenvertreter entbehrlich sei.

Der Rat bestätigte daher die nachfolgend aufgeführten Personen als Vertreter der Beschäftigten im Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven:

Vertreter der Beschäftigten:	**Ersatzvertreter/in:**
Herr Kanth, Dieter	Herr Schue, Detlef
Herr Janßen, Dirk	Frau Galts, Heike
Herr Bolinius, Werner	Herr Münstermann, Holger

JUGENDHILFEAUSSCHUSS

Frau Glaser verwies hier auf die Beschlussvorlage Nr. 312/2011 „Neubildung des Jugendhilfeausschusses“.

Über die drei Punkte des Beschlussvorschlages wurde getrennt abgestimmt.

Frau Glaser wies drauf hin, dass laut § 3 Abs. 1 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes der Rat die Zahl der stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses für die Dauer der Wahlperiode auf 10 oder 15 festlege. Es werde vorgeschlagen, es wie bisher bei 10 stimmberechtigten Mitgliedern zu belassen.

Daraufhin wurde über Ziffer 1 des Beschlussvorschlages abgestimmt:

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

„Der Rat legt die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses für die Dauer der Wahlperiode auf 10 Personen fest.“

Anschließend erfolgte die Benennung der 6 vom Rat zu bestimmenden Sitze mit Stimmrecht. Die Verteilung des 6. Sitzes musste auch hier aufgrund gleicher Höchstzahlen zwischen der Gruppe Grüne/WBV/Piraten, der BASU-Fraktion und der Fraktion Freie Wähler per Los entschieden werden. Nachdem die Ratsvorsitzende, **Frau Glaser**, das Los gezogen hatte, entfiel der 6. Sitz auf die Gruppe Grüne/WBV/Piraten. Die Fraktion Freie Wähler sowie die BASU-Fraktion erhielten jeweils ein Grundmandat.

Der Ausschuss wurde wie folgt besetzt:

CDU-Fraktion	**Vertreter/-in**
Ratsfrau Klee, Brigitte	Ratsfrau Bratzke, Melanie
Ratsfrau Tegge, Jasmin	Ratsherr Kunze, Michael
SPD-Fraktion	**Vertreter/-in**
Ratsfrau Gastmann, Sabine	Ratsfrau Will, Christine
Ratsfrau Kolbe, Petra	Ratsherr Heinisch, Björn
Gruppe Grüne/WBV/Piraten	**Vertreter/-in**
Ratsfrau Breuer, Katja	Ratsherr Büscher, Rainer
Ratsherr Sokolowski, Peter	Ratsfrau Linsen-Steiner, Sigrid

Grundmandat BASU-Fraktion	**Vertreter**
Ratsfrau Ober-Bloibaum, Barbara	Ratsherr Tjaden, Joachim
Grundmandat Fraktion Freie Wähler	**Vertreter**
Ratsherr Walzner, Horst Dieter	Ratsherr Walpurgis, Frank Uwe

Frau Glaser führte weiter aus, dem Jugendhilfeausschuss gehörten **4 Personen mit Stimmrecht** an, die der Rat auf Vorschlag der im Bereich der Stadt Wilhelmshaven wirkenden anerkannten Träger der freien Jugendhilfe wähle.

Dazu erfolgte die Abstimmung über Ziffer 2 des Beschlussvorschlages:

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

„Der Rat wählt Frau Sylke Siener (Vertreterin Ute Koop) sowie die Herren Rüdiger Schaarschmidt (Vertreterin: Kirsten Witte), Andreas Koût (Vertreter: André Schulze) und Peter Siefken (Vertreterin: Petra Heiler-Klene) zu stimmberechtigten Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses für die Dauer der Wahlperiode."

Frau Glaser erklärte, dem Jugendhilfeausschuss gehörten außerdem **beratende Mitglieder** an. Kraft Amtes seien dies der Leiter des Jugendamtes, der Stadtjugendpfleger und die Gleichstellungsbeauftragte. Außerdem lägen folgende Vorschläge zur Bestellung als beratende Mitglieder vor:

1. Ein Vertreter der ev.-luth. Kirche
   - **Sybille Martfeld** (Leiterin ev.-luth. KiTa Neuende)
   - Vertreterin Petra Meyer-Machtemes (Leiterin Diakonisches Werk Wilhelmshaven)
2. Ein Vertreter der röm.-kath. Kirche
   - **Andreas Bolten** (Pfarrer/Dechant)
   - Vertreter Thomas Kurth
3. Eine von der Landesschulbehörde benannte Lehrkraft
   - **Renate Sopp-Dreyer** (Grundschule Peterstraße)
   - Vertreterin Romy Appelt
4. Eine Elternvertreterin oder Erzieherin aus einer Kindertagesstätte
   - **Brigitte Pecht** (Wilhelmshavener Kinderhilfe) auf Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft der nichtkonfessionellen Kindertagesstättenträger
   - Vertreterin Nina von Heynitz
5. Ein/e Vertreter/in der Interessen ausländischer Kinder und Jugendlicher
   - Frau **Ülkü Kaya** (Vorstandsmitglied im türkisch-islamischen Kulturverein e.V.) auf Vorschlag der Migrationsberatung der Stadt Wilhelmshaven
   - Vertreterin: Marianne Janss (Migrationsberatung Stadt WHV, vorgeschlagen vom Verein Beratung, Kommunikation und Arbeit e.V.
6. Zwei weitere in der Jugendhilfe erfahrene Personen
   - **Bernd Busemann** (ev. Kreisjugendpfarrer), vorgeschlagen von der ev.-luth. Kirche
   - Vertreterin: Waltraud Sprauer (Familien- und Kinderservicebüro)
   - **Manfred Pfaus** (GPS), vorgeschlagen von der AG der freien Wohlfahrtsverbände
   - Vertreterin: Margret Wahrheit (Caritas)

Dazu bitte sie um Abstimmung zu Punkt 3 des Beschlussvorschlages:

Beschluss: - einstimmig zugestimmt
(bei Enthaltung von Ratsherrn Hammadi (Die Linke) -

„Der Rat bestellt die in der Begründung benannten Personen für die Dauer der Wahlperiode zu beratenden Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses."

SCHULAUSSCHUSS

Frau Glaser informierte, dem Schulausschuss gehörten neben den 9 Ratsmitgliedern gemäß § 110 NSchG noch 8 stimmberechtigte Vertreter der Schulen und anderer Organisationen an.

Das Los zur Verteilung des 9. Sitzes wurde durch die Ratsvorsitzende, **Frau Glaser**, gezogen. Demnach entfiel der 9. Sitz auf die BASU-Fraktion. Die Fraktion Freie Wähler erhielt ein Grundmandat.

Der Ausschuss wurde wie folgt besetzt:

CDU-Fraktion	**Vertreter/in**
Ratsfrau Bratzke, Melanie	Ratsfrau Biester, Ursula
Ratsherr Kunze, Michael	Ratsfrau Klee, Brigitte
Ratsherr Möhle, Helmut	Ratsherr Harms, Martin

SPD-Fraktion	**Vertreter/in**
Ratsherr Heinisch, Björn	Ratsherr Jeschke, Wolfgang
Ratsfrau Gastmann, Sabine	Ratsherr Stolle, Hermann
Ratsfrau Will, Christine	Ratsfrau Bakir, Nurhayat

Gruppe Grüne/WBV/Piraten	**Vertreter/in**
Beigeordneter Biehl, Werner	Ratsherr Lietzmann, Hans-Jürgen
Ratsfrau Linsen-Steiner, Sigrid	Ratsfrau Lach, Erika

BASU-Fraktion	**Vertreter/in**
Ratsfrau Ober-Bloibaum, Barbara	Ratsherr Tjaden, Joachim

Grundmandat Fraktion Freie Wähler	**Vertreter/in**
Ratsherr Walzner, Horst Dieter	Ratsherr Walpurgis, Frank Uwe

LehrervertreterInnen (Vorschlag Lehrerpersonalräte)

Allgemeinbildende Schulen:	**Vertreter/in:** Herr Opitz, Bernhard Herr Süß, Michael
Berufsbildende Schulen:	**Vertreter/in:**
Frau Lübken-Adler, Gabriele	Herr von Nordeck, Volkmar

ArbeitnehmervertreterInnen (Vorschläge DGB)	**Vertreter/in**
Herr Meisel, Dieter	Herr Wagner, Günter

ArbeitgebervertreterInnen: (Vorschläge AWV)	**Vertreter/in:**
Herr Stein, Eckhard	Prof. Burgholte, Alwin

Da die Eltern-sowie SchülervertreterInnen bereits in der Sitzung des Rates am 17.11.2010 für zwei Jahre gewählt worden waren, wurden diese durch den Rat lediglich noch einmal bestätigt:

Elternvertreter/Innen (Vorschlag des Stadtelternrates)

Allgemeinbildende Schulen:	Vertreter/in
Herr Wende, Jörg	Frau Wegmann, Grit

Berufsbildende Schulen:	Vertreter/in:
Metzner, Dirk	Herr Au, Michael

SchülervertreterInnen (Vorschlag des Stadtschülerrates)

Allgemeinbildende Schulen:	Vertreter/in:
Frau Noschavrin, Gindi	Herr Peldszus, Sebastian
Berufsbildende Schulen:	Vertreter/in:
Herr Winterboer, Björn	NN

ÄLTESTENAUSSCHUSS

Frau Glaser erklärte, der Ausschuss bestehe aus 9 Ratsmitgliedern, wobei die Ratsvorsitzende sowie die Fraktionsvorsitzenden dem Ältestenausschuss kraft Amtes angehören. Die restlichen 3 Sitze entfallen auf die CDU- Fraktion, die SPD-Fraktion sowie die Gruppe Grüne/WBV/Piraten:

Ratsvorsitzende
Beigeordnete Glaser, Ursula

CDU-Fraktion
Beigeordneter Hellwig, Stephan
Ratsherr Prof. Reuter, Günter

SPD-Fraktion
Bürgermeister Barkowsky, Holger
Beigeordneter Föhlinger, Karlheinz

Gruppe Grüne/WBV/Piraten
Beigeordneter Biehl, Werner
Ratsherr Lietzmann, Hans-Jürgen

BASU- Fraktion
Ratsherr Tjaden, Joachim

Fraktion Freie Wähler
Ratsherr Walpurgis, Frank Uwe

Beratende Mitgliedschaft der Ratsmitglieder der FDP sowie der Partei „Die Linke“

Frau Glaser gab bekannt, dass gemäß § 71 Abs. 4 Satz 3 NKomVG die Ratsmitglieder der FDP sowie der Partei „Die Linke“ Anspruch auf Mitgliedschaft mit beratender Stimme in einem Ausschuss ihrer Wahl hätten. Dies dürfe jedoch nicht der Verwaltungsausschuss sein.

Herr Hammadi („Die Linke“) benannte den Ausschuss für Soziales und Gesundheit als Ausschuss seiner Wahl.

Herr Dr. von Teichman (FDP) benannte den Ausschuss für Sport und Kultur.

Über die Bildung der Ausschüsse wurde abschließend in der Gesamtheit beschlossen:

Beschluss: – einstimmig zugestimmt -

Der Bildung der Ausschüsse in der soeben vorgetragenen Form wird zugestimmt.

14 Verteilung der Ausschussvorsitze und Bestimmung der Vorsitzenden gemäß § 71 Abs. 8 NKomVG

Die Ausschussvorsitze wurden den Fraktionen nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren zugeteilt. Es wurden von den Fraktionen die Ausschüsse benannt, deren Vorsitz sie beanspruchen sowie deren Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende:

1. CDU-Fraktion: Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude
Vorsitzender: Beigeordneter Hellwig, Stefan
Vertreter: Ratsherr Felbier, Jörn

2. SPD-Fraktion: Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven
Vorsitzender: Beigeordneter Veh, Michael
Vertreter: Ratsherr Jeschke, Wolfgang

3. Gruppe Grüne/WBV/Piraten: Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft
Vorsitzende: Ratsfrau Breuer, Katja
Vertreter: Beigeordneter Biehl, Werner

4. CDU-Fraktion: Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz
Vorsitzender: Ratsherr Harms, Martin
Vertreter: Ratsherr Wilhelm, Lutz

5. SPD-Fraktion: Ausschuss für Planen und Bauen
Vorsitzender: Beigeordneter Veh, Michael
Vertreter: Ratsherr Schmidt, Norbert

6. CDU-Fraktion: Ausschuss für Sport und Kultur
Vorsitzender: Ratsherr Möhle, Helmut
Vertreterin: Ratsfrau Biester, Ursula

7. SPD-Fraktion: Schulausschuss
Vorsitzende: Ratsfrau Will, Christine
Vertreter: Ratsherr Heinisch, Björn

8. Gruppe Grüne/WBV/Piraten: Betriebsausschuss Krankenhaus
Vorsitzender: Beigeordneter Biehl, Werner
Vertreterin: Ratsfrau Biester, Ursula

9. CDU-Fraktion: Jugendhilfeausschuss
Vorsitzende: Ratsfrau Klee, Brigitte
Vertreterin: Ratsfrau Tegge, Jasmin

10. SPD-Fraktion: Ausschuss für Soziales und Gesundheit
Vorsitzender: Ratsherr Reese, Uwe
Vertreterin: Ratsfrau Bakir, Nurhayat

Der Zugriff auf den **11.** und **12**. Ausschussvorsitz war zwischen der CDU-Fraktion und der Gruppe Grüne/WBV/Piraten durch Ziehen eines Loses seitens der Ratsvorsitzenden zu entscheiden. Gemäß Losentscheid entfiel der 11. Ausschussvorsitz auf die Gruppe Grüne/WBV/Piraten; den 12. Ausschussvorsitz erhielt die CDU-Fraktion.

11. Gruppe Grüne/WBV/Piraten: Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen
Vorsitzender: Beigeordneter Becker, Stefan
Vertreterin: Ratsfrau Breuer, Katja

12. CDU-Fraktion: Betriebsausschuss Städt. Datenverarbeitung Wilhelmhaven
Vorsitzender: Bürgermeister Langen, Fritz
Vertreterin: Ratsfrau Tegge, Jasmin

15 Benennung/Wahl von Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Wilhelmshaven in Wirtschaftsunternehmen, Zweckverbänden und anderen Gremien

Frau Glaser schlug vor, den erforderlichen Feststellungsbeschluss gemäß § 71 Abs. 5 NKomVG nach der namentlichen Benennung der Vertreterinnen und Vertreter zu treffen. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Bezirksverband Oldenburg

Verbandsversammlung:

Der Oberbürgermeister ist geborenes Mitglied; Oberbürgermeister Wagner schlug vor, sich künftig durch den **Ersten Stadtrat, Herrn Jens Stoffers**, vertreten zu lassen.
Neben Herrn Stoffers wurde als weiteres Mitglied **Ratsherr Michael Kunze** und als Ersatzmitglied **Ratsfrau Nurhayat Bakir** einstimmig vom Rat bestellt.

Gemeinnützige Gesellschaft für Arbeitsvermittlung und Qualifizierung e.V.

Mitgliederversammlung:

Ratsherr Uwe Reese wurde als Vorsitzender des Ausschusses für Soziales und Gesundheit einstimmig gewählt.

Vorstand:

Erster Stadtrat Stoffers wurde als zuständiger Dezernent einstimmig gewählt.

GEW Wilhelmshaven GmbH

Aufsichtsrat:

Neben **Oberbürgermeister Wagner** als geborenem Mitglied und zugleich Vorsitzendem, wurden folgende weitere Mitglieder, die nicht Ratsmitglieder sein müssen, entsandt:

CDU-Fraktion
Beigeordneter Hellwig, Stephan
Bürgermeister Langen, Fritz

SPD-Fraktion
Beigeordneter Föhlinger, Karlheinz
Beigeordneter Veh, Michael

Gruppe Grüne/WBV/Piraten
Beigeordneter Biehl, Werner

Hans-Beutz-Stiftung

Stiftungsrat:

Stadtrat Dr. Graul wurde einstimmig gewählt.

Industriewasserversorgungsgesellschaft Nordwest Niedersachsen mbH

Aufsichtsrat:

Oberbürgermeister Wagner wurde einstimmig gewählt.

Gesellschafterversammlung:

Auf Vorschlag der SPD-Fraktion wurde **Ratsherr Wolfgang Jeschke** einstimmig gewählt.

JadeBay GmbH Entwicklungsgesellschaft

Gesellschafterversammlung:

Neben **Oberbürgermeister Wagner** als geborenem Mitglied wurden folgende weitere Mitglieder entsandt:

CDU-Fraktion	**Vertreter**
Ratsherr Heinemann, Uwe	Ratsherr Felbier, Jörn
SPD-Fraktion	**Vertreterin**
Ratsfrau Will, Christine	Ratsfrau Kolbe, Petra

Regionalbeirat:

Frau Glaser informierte, hier seien zwei Mitglieder zu entsenden, von denen eines gemäß den Vorschriften des § 138 NKomVG der Oberbürgermeister sein müsse.

Aufgrund dieser Regelung wurde folgender Beschluss gefasst:

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

> Der Rat der Stadt Wilhelmshaven entsendet **Herrn Oberbürgermeister Wagner** in den Regionalbeirat der JadeBay GmbH Entwicklungsgesellschaft.

Frau Glaser führte weiter aus, dass für das zweite zu entsendende Mitglied eine Wahl erforderlich sei. Da hier nur ein Wahlvorschlag vorlag, konnte per Handzeichen gewählt werden:

Als weiteres Mitglied wurde bei drei Gegenstimmen (Beigeordneter Biehl, Ratsherr von den Berg, Ratsfrau Lach) **Herr Volker Block** und als sein Stellvertreter **Herr Torsten Frank** gewählt.

JadeWeserAirport GmbH

Aufsichtsrat:

Neben **Oberbürgermeister Wagner** als geborenem Mitglied wurden folgende weitere Mitglieder entsandt:

CDU-Fraktion	**Vertreter**
Bürgermeister Langen, Fritz	Ratsherr Felbier, Jörn
SPD-Fraktion	**Vertreterin**
Ratsherr Heinisch, Björn	Ratsfrau Bakir, Nurhayat
Gruppe Grüne/WBV/Piraten	**Vertreter**
Ratsfrau Lach, Erika	Ratsherr Büscher, Rainer

JadeWeserPort InfoCenter GmbH

Gesellschafterversammlung:

Bislang wurde der Sitz der Stadt in diesem Gremium durch den Oberbürgermeister wahrgenommen. Oberbürgermeister Wagner schlug vor, sich durch Stadtrat Dr. Jens Graul vertreten zu lassen.

Stadtrat Dr. Graul wurde daraufhin einstimmig gewählt.

Krematoriums-Verpachtungsgesellschaft

Gesellschafterversammlung:

Stadtbaurat Kottek wurde als zuständiger Dezernent einstimmig gewählt.

Marschenrat zur Förderung der Forschung im Küstengebiet

Auf Vorschlag der CDU-Fraktion wurden

Ratsfrau Byrte Janßen als **Bevollmächtigte** und

Herr Karl-Heinz Unger als **Stellvertreter** einstimmig gewählt.

Metropolregion Bremen/Oldenburg im Nordwesten

Frau Glaser informierte, in die Metropolversammlung seien zwei Mitglieder zu entsenden, von denen eines gemäß den Vorschriften des § 138 NKomVG der Oberbürgermeister sein müsse.

Aufgrund dieser Regelung wurde folgender Beschluss gefasst:

Beschluss: - einstimmig -

> Der Rat der Stadt Wilhelmshaven entsendet **Herrn Oberbürgermeister Wagner** in die Metropolversammlung der Metropolregion Bremen/Oldenburg im Nordwesten.

Frau Glaser führte weiter aus, dass für das zweite zu entsendende Mitglied eine Wahl erforderlich sei. Da hier nur ein Wahlvorschlag vorlag, konnte per Handzeichen gewählt werden.

Auf Vorschlag der CDU-Fraktion wurde **Ratsfrau Brigitte Klee** einstimmig in die Metropolversammlung gewählt.

Nationalparkzentrum Wilhelmshaven „Das Wattenmeerhaus“ e. V.

In die Mitgliederversammlung wurde einstimmig **Ratsherr Martin Harms** als Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz gewählt.

Naturschutzstiftung Region Friesland-Wittmund-Wilhelmshaven

Vorstand

Als Mitglied wurde vorgeschlagen:
seitens der SPD-Fraktion Ratsherr Björn Heinisch (Stellvertreter: Ratsherr Uwe Reese),
von der Gruppe Grüne/WBV/Piraten Ratsherr Peter Sokolowski (Stellvertreter: Beigeordneter Werner Biehl) und
für die BASU-Fraktion Ratsherr Joachim Tjaden (Stellvertreterin: Ratsfrau Barbara Ober-Bloibaum).

Da mehrere Wahlvorschläge vorlagen, wurde eine schriftliche Wahl erforderlich. Geheime Wahl wurde nicht beantragt.

Die Auszählung der Stimmen durch die Schriftführerinnen ergab für

Ratsherrn Heinisch	25 Stimmen, für
Ratsherrn Sokolowski	11 Stimmen, für
Ratsherrn Tjaden	7 Stimmen und
Enthaltungen	1.

Ratsherr Björn Heinisch (Stellvertreter: Ratsherr Uwe Reese) erhielt die erforderlich Mehrheit von 23 Stimmen im ersten Wahlgang und wurde somit als Mitglied in den Vorstand gewählt.

Nordwestdeutsche Universitätsgesellschaft

Gesamtvorstand

Es wurden folgende Personen, die nicht Ratsmitglieder sein müssen, benannt:

CDU-Fraktion
Ratsfrau Bratzke, Melanie

SPD-Fraktion
Herr Frank, Torsten

Gruppe Grüne/WBV/Piraten
Ratsherr Büscher, Rainer.

Mitgliederversammlung

Als Mitglied wurde seitens der
Gruppe Grüne/WBV/Piraten Ratsherr Rainer Büscher und
von der CDU-Fraktion Ratsfrau Melanie Bratzke
vorgeschlagen.

Da mehrere Wahlvorschläge vorlagen, wurde eine schriftliche Wahl erforderlich. Geheime Wahl wurde nicht beantragt.

Die Auszählung der Stimmen durch die Schriftführerinnen ergab für

Ratsfrau Bratzke	28 Stimmen und für
Ratsherrn Büscher	13 Stimmen sowie
Enthaltungen	2.

Ratsfrau Melanie Bratzke erhielt die erforderlich Mehrheit von 23 Stimmen im ersten Wahlgang und wurde somit als Mitglied in die Mitgliederversammlung gewählt.

Oldenburgische Landschaft

Landschaftsversammlung

Es wurden folgende Personen benannt:

CDU-Fraktion	**Vertreter/in**
Ratsfrau Biester, Ursula	Ratsfrau Tegge, Jasmin
SPD-Fraktion	**Vertreter/in**
Ratsfrau Bakir, Nurhayat	Ratsherr Stolle, Hermann

Vorstand

Der Vorschlag, **Ratsfrau Ursula Biester** für den Vorstand zu bestellen, wurde mehrheitlich angenommen.

Oldenburgisch Ostfriesischer Zweckverband für die Beseitigung von Tierkörpern, Tierkörperteilen und tierischen Erzeugnissen

Verbandsversammlung

Bislang wurde der Sitz der Stadt in diesem Gremium durch den Oberbürgermeister wahrgenommen. Oberbürgermeister Wagner schlug vor, sich durch Stadtrat Dr. Jens Graul vertreten zu lassen.

Stadtrat Dr. Graul wurde daraufhin einstimmig gewählt.

Als weiteres Ratsmitglied für die Verbandsversammlung wurde seitens der CDU-Fraktion Ratsfrau Byrte Janßen und für die Gruppe Grüne/WBV/Piraten Beigeordneter Werner Biehl vorgeschlagen.

Nachdem Frau Janßen auf ihr Mandat verzichtet hatte, wurde **Beigeordneter Werner Biehl** einstimmig für die Verbandsversammlung bestellt.

Ostfriesland Tourismus GmbH

Gesellschafterversammlung

Neben **Oberbürgermeister Wagner** als geborenem Mitglied wurden folgende Personen entsandt:

CDU-Fraktion	**SPD-Fraktion**
Ratsherr Kunze, Michael	Bürgermeister Barkowsky, Holger

Reinhard-Nieter-Krankenhaus Städtische Kliniken gGmbH

Gesellschafterversammlung

Neben **Oberbürgermeister Wagner** als geborenem Mitglied waren 6 Ratsmitglieder zu entsenden.
Hier war die Verteilung des 6. Sitzes aufgrund gleicher Höchstzahlen zwischen der Gruppe Grüne/WBV/Piraten, der BASU-Fraktion und der Fraktion Freie Wähler zu losen. Nachdem die Ratsvorsitzende das Los gezogen hatte, entfiel der 6. Sitz auf die Gruppe Grüne/WBV/Piraten. Die BASU-Fraktion sowie die Fraktion Freie Wähler erhielten ein Grundmandat.

Die Besetzung wurde wie folgt vorgenommen:

CDU-Fraktion
Ratsfrau Biester, Ursula
Ratsherr Heinemann, Uwe

SPD-Fraktion
Ratsherr Debring, Peter
Ratsherr Reese, Uwe

Gruppe Grüne/WBV/Piraten
Beigeordneter Biehl, Werner
Ratsherr Lietzmann, Hans-Jürgen

Grundmandat BASU-Fraktion
Ratsfrau Ober-Bloibaum, Barbara

Grundmandat Fraktion Freie Wähler
Ratsherr Walpurgis, Frank Uwe

Aufsichtsrat

Frau Glaser erklärte, zwischen der Gesellschafterversammlung und den städtischen Vertretern im Aufsichtsrat bestehe Personenidentität.
Laut Gesellschaftsvertrag seien die Fraktionen des Rates abweichend hiervon jedoch berechtigt, anstelle eines Mitgliedes der Gesellschafterversammlung für den Aufsichtsrat auch eine Person zu benennen, die nicht dem Rat der Stadt Wilhelmshaven angehöre.

Daraufhin erklärte **Herr Hellwig**, dass der Sitz von Ratsherrn Heinemann im Aufsichtsrat durch **Herrn Klaus-Peter Schaps** wahrgenommen werde.

Weitere Abweichungen in der Besetzung des Aufsichtsrates waren nicht gewollt.

Sparkasse Wilhelmshaven

Verwaltungsrat

Frau Glaser machte darauf aufmerksam, dass das Verfahren für die Entsendung der Mitglieder des Verwaltungsrates durch § 13 Absatz 5 des Niedersächsischen Sparkassengesetzes (NSpG) geregelt werde. Demnach seien 7 Personen zu entsenden, die besondere persönliche Anforderungen erfüllen müssten. Nicht mehr als die Hälfte dieser entsandten Mitglieder dürfe dabei dem Rat angehören. Dies entspräche hier 3 Personen.
Zudem stehe der Oberbürgermeister gem. § 12 Abs. 1 NSpG als so genannter „geborener Vorsitzender“ dem Verwaltungsrat vor, sofern sich hiergegen kein Widerspruch erhebe.

Da sich kein Widerspruch erhob, erhielt **Oberbürgermeister Wagner** den Vorsitz im Verwaltungsrat.

Es wurden anschließend folgende Personen durch die Fraktionen in den Verwaltungsrat entsandt:

CDU-Fraktion
Beigeordnete Glaser, Ursula
Herr Kuhlmann, Rainer
Herr Böther, Klaus

SPD-Fraktion
Beigeordneter Föhlinger, Karlheinz
Herr Block, Volker

Gruppe Grüne/WBV/Piraten
Ratsherr Sokolowski, Peter
Herr Richter, Wolfgang

Bezüglich der **Beschäftigtenvertreter** wurde folgender Beschluss gefasst:

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven bestätigt gem. § 110 Abs. 4 NPersVG die Wahl folgender Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Beschäftigtenvertreter) sowie der sonstigen Vertreter in den Verwaltungsrat der Sparkasse Wilhelmshaven:

Betriebsangehörige Vertreter der Beschäftigten:	Ersatzmitglieder:
Hans Müller	Ronald van Büren
Elke Jörgensen	Simon Feyen
Michael Münchmeier	Carmen Stamsen
Sonstige Vertreter der Beschäftigten:	**Ersatzmitglied:**
Jürgen Harms	Michael Ramke

Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Wilhelmshaven GmbH

Aufsichtsrat

Neben **Oberbürgermeister Wagner** als geborenem Mitglied sowie dem **Kämmerer** als Gast ohne Stimmrecht waren 6 Ratsmitglieder zu entsenden.
Hier war die Verteilung des 6. Sitzes aufgrund gleicher Höchstzahlen zwischen der Gruppe Grüne/WBV/Piraten, der BASU-Fraktion und der Fraktion Freie Wähler zu losen. Nachdem die Ratsvorsitzende das Los gezogen hatte, entfiel der 6. Sitz auf die Gruppe Grüne/WBV/Piraten.

Die Besetzung wurde wie folgt vorgenommen:

CDU-Fraktion
Bürgermeister Langen, Fritz
Ratsherr Möhle, Helmut

SPD-Fraktion
Ratsherr Jacques, Howard
Ratsfrau Will, Christine

Gruppe Grüne/WBV/Piraten
Ratsfrau Lach, Erika
Ratsherr Lietzmann, Hans-Jürgen

Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH

Aufsichtsrat

Neben **Oberbürgermeister Wagner** als geborenem Mitglied sowie dem **Geschäftsführer der Minderheitsgesellschafterin WTF-S** als Gast ohne Stimmrecht waren 6 Ratsmitglieder zu entsenden.
Hier war die Verteilung des 6. Sitzes aufgrund gleicher Höchstzahlen zwischen der Gruppe Grüne/WBV/Piraten, der BASU-Fraktion und der Fraktion Freie Wähler zu losen. Nachdem die Ratsvorsitzende das Los gezogen hatte, entfiel der 6. Sitz auf die Fraktion Freie Wähler.

Die Besetzung wurde wie folgt vorgenommen:

CDU-Fraktion
Ratsherr Felbier, Jörn
Ratsherr Prof. Reuter, Günter

SPD-Fraktion
Beigeordneter Föhlinger, Karlheinz
Beigeordneter Veh, Michael

Gruppe Grüne/WBV/Piraten
Ratsfrau Lach, Erika

Freie Wähler
Ratsherr Walpurgis, Frank Uwe

TCN Technologie Centrum Nordwest Marketing GmbH

Oberbürgermeiste Wagner wurde einstimmig in die Gesellschafterversammlung gewählt.

Verein der Kunstfreunde

Beirat

Es wurden folgende Personen benannt:

CDU-Fraktion
Ratsfrau Biester, Ursula

SPD-Fraktion
Ratsherr Schmidt, Norbert

Gruppe Grüne/WBV/Piraten
Ratsherr von den Berg, Michael

Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH

Beirat

Es wurden folgende Personen benannt:

CDU-Fraktion
Ratsfrau Bratzke, Melanie
Ratsfrau Klee, Brigitte
Ratsherr Kunze, Michael

SPD-Fraktion
Ratsherr Debring, Peter
Ratsherr Jeschke, Wolfgang

Gruppe Grüne/WBV/Piraten
Ratsfrau Linsen-Steiner, Sigrid
Ratsherr Büscher, Rainer

WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH

Aufsichtsrat

Neben **Oberbürgermeister Wagner** als Fachdezernent für Wirtschaftsförderung waren 6 Ratsmitglieder zu entsenden.
Die Verteilung des 6. Sitzes war aufgrund gleicher Höchstzahlen zwischen der Gruppe Grüne/WBV/Piraten, der BASU-Fraktion und der Fraktion Freie Wähler zu losen. Nachdem die Ratsvorsitzende das Los gezogen hatte, entfiel der 6. Sitz auf die Fraktion Freie Wähler. Die BASU-Fraktion erhielt ein Grundmandat.

Die Besetzung wurde wie folgt vorgenommen:

CDU-Fraktion
Ratsherr Heinemann, Uwe
Beigeordneter Hellwig, Stephan

SPD-Fraktion
Ratsherr Debring, Peter
Beigeordneter Föhlinger, Karlheinz

Gruppe Grüne/WBV/Piraten
Beigeordneter Becker, Stefan

Freie Wähler
Ratsherr Walzner, Horst Dieter

Grundmandat BASU-Fraktion
Ratsherr Tjaden, Joachim

Wilhelmshavener Entsorgungszentrum und Logistik GmbH

Frau Glaser gab bekannt, dass sich die Gesellschafterversammlung aus den stimmberechtigten Mitgliedern des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven und dem Oberbürgermeister zusammensetze. Oberbürgermeister Wagner mache hier jedoch von seinem Vertretungsrecht Gebrauch und lasse sich durch Herrn Stadtrat Dr. Graul vertreten.

Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH

Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat gehören neben dem **Oberbürgermeister** als geborenem Mitglied und den Fraktionsvorsitzenden der beiden größten Ratsfraktionen je zwei weitere Mitglieder dieser Parteien an.

Die Besetzung wurde wie folgt vorgenommen:

CDU-Fraktion
Beigeordneter Hellwig, Stephan (Fraktionsvorsitzender)
Ratsherr Kunze, Michael
Ratsherr Möhle, Helmut

SPD-Fraktion
Beigeordneter Föhlinger, Karlheinz (Fraktionsvorsitzender)
Ratsherr Reese, Uwe
Ratsherr Stolle, Hermann

WTF Stadtwerke GmbH

Gesellschafterversammlung

Frau Glaser teilte mit, dass die Gesellschafterversammlung dem Verwaltungsausschuss zuzüglich der Ratsvorsitzenden entspreche, sofern diese nicht ohnehin schon dem Verwaltungsausschuss angehöre.

Zweckverband „Gemeinsame Leitstelle Friesland-Wilhelmshaven“

Verbandsversammlung

Der Verbandsversammlung gehören neben **Oberbürgermeister Wagner** als geborenem Mitglied folgende drei Ratsmitglieder sowie deren Stellvertreter an:

CDU-Fraktion	**Vertreterin**
Ratsherr Wilhelm, Lutz	Ratsfrau Janßen, Byrte
SPD-Fraktion	**Vertreter**
Ratsherr Reese, Uwe	Ratsherr Stolle, Hermann
Gruppe Grüne/WBV/Piraten	**Vertreter**
Ratsfrau Breuer, Katja	Ratsherr von den Berg, Michael

Zweckverband „JadeWeserPark Friesland-Wittmund-Wilhelmshaven“

Verbandsversammlung

Frau Glaser machte darauf aufmerksam, dass der Oberbürgermeister gemäß Verbandsordnung geborenes Mitglied sei. **Oberbürgermeister Wagner** werde diesen Sitz wahrnehmen; eine Vertretung erfolge nicht.

Zweckverband Landesbühne Niedersachsen Nord

Verbandsversammlung

Neben **Oberbürgermeister Wagner** als geborenem Mitglied war eine weitere, für den Rat wählbare Person zu entsenden.

Als weiteres Mitglied für die Verbandsversammlung wurde
von Herrn Hellwig für die CDU-Fraktion Ratsfrau Ursula Biester,
von Herrn Walzner für die Fraktion Freie Wähler Ratsherr Frank Uwe Walpurgis und von Herrn Biehl für die Gruppe Grüne/WBV/Piraten Ratsherr Dr. Michael von Teichman vorgeschlagen.

Da mehrere Wahlvorschläge vorlagen, wurde eine schriftliche Wahl erforderlich. Geheime Wahl wurde nicht beantragt.

Die Auszählung der Stimmen durch die Schriftführerinnen ergab für

Ratsfrau Biester	29 Stimmen, für
Ratsherrn Walpurgis	2 Stimmen, sowie für
Ratsherrn Dr. von Teichman	12 Stimmen.

Ratsfrau Ursula Biester erhielt die erforderliche Mehrheit von 23 Stimmen im ersten Wahlgang und wurde somit als Mitglied in die Verbandsversammlung gewählt.

Zweckverband „Veterinäramt JadeWeser“

Verbandsversammlung

Bislang wurde der Sitz der Stadt in diesem Gremium durch den Oberbürgermeister wahrgenommen. Oberbürgermeister Wagner schlug vor, sich durch Stadtrat Dr. Jens Graul vertreten zu lassen.

Stadtrat Dr. Graul wurde daraufhin einstimmig gewählt.

Daneben waren ein weiteres Ratsmitglied sowie ein Stellvertreter zu entsenden.
Dafür wurde
von Herrn Hellwig für die CDU-Fraktion Ratsfrau Brigitte Klee (Stellvertreterin: Ratsfrau Nurhayat Bakir) und
von Herrn Biehl für die Gruppe Grüne/WBV/Piraten Beigeordneter Werner Biehl (Stellvertreter: Ratsherr Joachim Tjaden) vorgeschlagen.

Da mehrere Wahlvorschläge vorlagen, wurde eine schriftliche Wahl erforderlich. Geheime Wahl wurde nicht beantragt.

Die Auszählung der Stimmen durch die Schriftführerinnen ergab für
Ratsfrau Brigitte Klee (Stellvertreterin: Ratsfrau Nurhayat Bakir) 30 Stimmen.
Damit erhielt sie die erforderlich Mehrheit von 23 Stimmen im ersten Wahlgang und wurde somit als Mitglied in die Verbandsversammlung gewählt.

Wahl des Kreisjägermeisters und der übrigen Mitglieder des Jagdbeirates

Frau Glaser verwies auf die dazugehörige Beschlussvorlage Nr. 314/2011.

Dazu habe die Landesjägerschaft Niedersachsen

als **Kreisjägermeister**
Herrn Heinz Weerda, Steindamm 4, 26388 Wilhelmshaven und

als **Vertreter der Jäger im Jagdbeirat** und **allgemeinen Vertreter des Kreisjägermeisters**
Herrn Heiko Zilian, Möwenstr. 64 a, 26388 Wilhelmshaven
vorgeschlagen.

Die Landwirtschaftskammer Weser-Ems habe

als **Vertreter der Landwirtschaft**
Herrn Christian Andreae, Schaardeich 21, 26388 Wilhelmshaven,

als **Vertreter der Forstwirtschaft**
Frau Silvia Finkenstaedt, Barkel 102, 26419 Schortens und

als **Vertreter der Jagdgenossenschaft**
Herrn Johannes de Riese, Inhausen 1, 26388 Wilhelmshaven
vorgeschlagen.

Das Niedersächsische Forstamt Neuenburg habe

als **Vertreter des Beratungsforstamtes**
Herrn Forstoberinspektor Carsten-Friedrich Streufert,
Revierförsterei Upjever, 26419 Schortens
vorgeschlagen.

Der Naturschutzbeauftragte schlage als **Vertreter des Naturschutzes**
Herrn Christian Finkenstaedt, Barkel 106, 26419 Schortens
vor.

Alle vorgeschlagenen Personen erfüllten die gesetzlichen Voraussetzungen und würden im Fall einer Wahl das Amt übernehmen.

Herr Föhlinger beantragte **getrennte Abstimmung** für jedes zu besetzende Amt, da man sich mit dem Vorschlag des Naturschutzbeauftragten nicht einverstanden zeige.

Die Abstimmung ergab folgende Ergebnisse:

1. Kreisjägermeister
Heinz Weerda, Steindamm 4, 26388 Wilhelmshaven

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

---

2. Allgemeiner Vertreter des Kreisjägermeisters/Vertreter der Jäger im Jagdbeirat
Heiko Zilian, Möwenstr. 64 a, 26388 Wilhelmshaven

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

---

3. Vertreter der Landwirtschaft
Christian Andreae, Schaardeich 21, 26388 Wilhelmshaven

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

_____

4. Vertreter der Forstwirtschaft
Silvia Finkenstaedt, Barkel 102, 26419 Schortens

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

_____

5. Vertreter der Jagdgenossenschaft
Johannes de Riese, Inhausen 1, 26388 Wilhelmshaven

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

_____

6. Vertreter des Beratungsforstamtes
Carsten-Friedrich Streufert, Revierförsterei Upjever, 26419 Schortens

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

_____

7. Vertreter des Naturschutzes
Christian Finkenstaedt, Barkel 106, 26419 Schortens

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt – (bei Gegenstimmen von CDU und SPD)

_____

Nach erfolgter Abstimmung erkundigte sich **Herr Biehl** nach dem weiteren Vorgehen. Ihm stelle sich die Frage, ob dem Naturschutzbeauftragten das Vorschlagsrecht entzogen werden könne.

Herr Dr. Graul erklärte, dass dieser sein Vorschlagsrecht behalte. Nur bleibe diese Position unbesetzt, bis ein neuer Vorschlag unterbreitet werde.

Über die Benennung/Wahl von Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Wilhelmshaven in Wirtschaftsunternehmen, Zweckverbänden und anderen Gremien wurde abschließend in der Gesamtheit beschlossen:

Beschluss: – einstimmig zugestimmt -

Der Besetzung der Gremien in der soeben vorgetragenen Form wird zugestimmt.

16 Antrag der BASU-Fraktion auf Einberufung einer Gesellschafterversammlung und Änderung des Gesellschaftsvertrages der Reinhard-Nieter-Krankenhaus Städtische Kliniken gGmbH **526/2011**

Der Antrag wurde von Herrn Tjaden **zurückgezogen**.

17 Antrag der BASU-Fraktion auf Einberufung einer Gesellschafterversammlung und Änderung des Gesellschaftsvertrages der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH **527/2011**

Herr Tjaden trug den Antrag der BASU-Fraktion vor:

„Die Mitglieder der Gesellschafterversammlung der „Wilhelmshavener Tourismus und Freizeit GmbH“ werden angewiesen eine Gesellschafterversammlung zu beantragen.
Sie werden ferner angewiesen, in dieser Gesellschafterversammlung folgende Änderungen des Gesellschaftsvertrages zu beschließen:
In den GV wird eingefügt: „Fraktionen, die bei der Verteilung der Aufsichtsratssitze nicht berücksichtigt wurden, erhalten ein Grundmandat mit beratender Stimme“.“

Herr Tjaden begründete dies dahingehend, dass es aus Gründen der Transparenz hier, ebenso wie bereits in anderen Gesellschaften, sinnvoll sei Grundmandate vorzusehen. So seien auch die Fraktionen ohne Sitz im Aufsichtsrat in der Lage, sich in diesem Gremium entsprechend zu informieren.

Herr Biehl bat um Auskunft, ob nicht ohnehin eine Änderung des Gesellschaftsvertrages vorgesehen sei, der auch die Besetzung regele.

Herr Stoffers erklärte, die Verwaltung werde möglicherweise dem Rat die Änderung des Gesellschaftsvertrages vorschlagen, jedoch aus anderen Gründen. In dem Zusammenhang sei es möglich, Anträge zur Besetzung des Aufsichtsrates zu stellen. Dies sei aber ohne weiteres auch zum jetzigen Zeitpunkt möglich.

Herr Biehl warf ein, dass seiner Meinung nach ein solcher Änderungsantrag besser zur Beratung des von Herrn Stoffers angekündigten Punktes passe.

Herr Stoffers fügte hinzu, dass es dem Rat selbstverständlich unbenommen sei, das Thema von sich aus zu beraten.

Herr Tjaden merkte in Richtung Herrn Biehl an, er halte den Antrag zum jetzigen Zeitpunkt für sinnvoller, da das heutige Ergebnis bereits in den Vorschlag der Verwaltung einfließen könne.

Herr Biehl beantragte daraufhin, in diesem Gremium eine **Sitzverteilung nach Hare-Niemeyer** vorzunehmen.

Herr Stoffers gab zu bedenken, dass der Rat die Gesellschafterversammlung der WTF jedoch nicht unmittelbar anweisen könne. Die WTF sei keine unmittelbare Beteiligung der Stadt, sondern lediglich eine mittelbare. In diesem Fall müsse die übergeordnete Gesellschaft, hier also die Gesellschafterversammlung der WTF-Stadtwerke GmbH, zunächst angewiesen werden. Nur diese könne eine entsprechende Anweisung an die Gesellschafterversammlung der WTF aussprechen.

Herr Biehl zog daraufhin seinen Antrag zurück und kündigte diesen für die Ratssitzung im Dezember an.

Der Antrag der BASU-Fraktion wurde anschließend **mehrheitlich abgelehnt** (bei Gegenstimmen von CDU- und SPD-Fraktion sowie von Oberbürgermeister Wagner).

18 Antrag der BASU-Fraktion auf Einberufung einer Gesellschafterversammlung und Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH **528/2011**

Herr Tjaden trug einen weiteren Antrag der BASU-Fraktion vor:

„Die Mitglieder der Gesellschafterversammlung der „Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH“ werden angewiesen eine Gesellschafterversammlung zu beantragen.
Sie werden ferner angewiesen, in dieser Gesellschafterversammlung folgende Änderungen des Gesellschaftsvertrages zu beschließen:
In den GV wird eingefügt: „Fraktionen, die bei der Verteilung der Aufsichtsratssitze nicht berücksichtigt wurden, erhalten ein Grundmandat mit beratender Stimme“.“

Der Antrag der BASU-Fraktion wurde **mehrheitlich abgelehnt** (bei Gegenstimmen von CDU- und SPD-Fraktion sowie von Oberbürgermeister Wagner).

19 Antrag der BASU-Fraktion auf Einberufung einer Gesellschafterversammlung und Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft mbH **529/2011**

Der letzte Antrag der BASU-Fraktion wurde ebenfalls von **Herrn Tjaden** eingebracht:

„Die Mitglieder der Gesellschafterversammlung der „Stadtwerke Verkehrsgesellschaft mbH“ werden angewiesen eine Gesellschafterversammlung zu beantragen.
Sie werden ferner angewiesen, in dieser Gesellschafterversammlung folgende Änderungen des Gesellschaftsvertrages zu beschließen:
In den GV wird eingefügt: „Fraktionen, die bei der Verteilung der Aufsichtsratssitze nicht berücksichtigt wurden, erhalten ein Grundmandat mit beratender Stimme“.“

Auch dieser Antrag wurde **mehrheitlich abgelehnt** (bei Gegenstimmen der Fraktionen CDU und SPD sowie von Oberbürgermeister Wagner).

20 Antrag von Ratsherrn Dr. von Teichman auf Absenkung der Aufwandsentschädigungen in Aufsichtsgremien und Einberufung des Ältestenausschusses **525/2011**

Abschließend beantragte **Herr Dr. von Teichman** wie folgt mit anschließender ausführlicher Begründung:

„Der Rat möge beschließen:

Die Jahresgesamtvergütungen für die Mitglieder in Aufsichtsgremien der Beteiligungen der Stadt Wilhelmshaven werden um 50% gesenkt. Alternativ wird die Obergrenze für die „Angemessenheit von Aufwandsentschädigungen“ (Ratsbeschluss vom 20.6.07, Vorlagen Nr. 102/2007) um 50% abgesenkt.
Der Ältestenausschuss wird beauftragt, eine Detailregelung zu erarbeiten und dem Rat vorzustellen, damit die diversen Gesellschaften sachgerecht beurteilt und die entsprechenden Aufwandsentschädigungen zutreffend festgelegt werden können.“

Herr Prof. Reuter wendete ein, er halte die Aufwandsentschädigungen für angemessen und wehre sich gegen die oftmals aufgeworfene Behauptung, die Ratsmitglieder würden sich bereichern. Der Rat tue sich besser daran, mit der Überarbeitung der Gesellschaftsstrukturen Einsparungen zu erzielen.

Herr Tjaden hielt dem entgegen, es würden seines Erachtens in einigen Gremien sehr wohl ungerechtfertigt hohe Entschädigungen gezahlt.
In diesem Zusammenhang wolle er den folgenden **Änderungsantrag** einbringen:

„Der Antrag der FDP wird wie folgt geändert
Der Rat möge beschließen:

1. *Die Mitglieder in Aufsichtsgremien der Beteiligungen der Stadt Wilhelmshaven werden aufgefordert, in den jeweiligen Beschluss fassenden Gremien die „Aufwandsentschädigungen/ Aufsichtsratsvergütungen“ neu festzulegen.*
2. *Ausgehend von den bisher gezahlten Beträgen – Einzelberechnung pro Sitzung und Pauschalbeträge - sind folgende Veränderungen zu beschließen:*
   a. *Für Gesellschafterversammlungen*
      - *Reduzierung um 50 %, höchstens jedoch 100,-- Euro*
   b. *Für Aufsichtsratssitzungen*
      - *Bis 50,-- Euro keine Veränderung*
      - *51 bis 100 Euro Reduzierung auf 50,-- Euro*
      - *Ab 101,-- Euro Reduzierung auf 50 %*
3. *Die Beschlüsse werden schnellstmöglich gefasst*
4. *Die Ergebnisse der Beschlüsse werden in der nächstmöglichen Sitzung des Rates bekannt gegeben.“*

Herr Dr. von Teichman erklärte, es liege ihm fern, von Bereicherung durch Aufsichtsratsmandate zu sprechen. Dennoch halte er die gezahlten Entschädigungen in den Gremien in ihrer Gesamtheit für zu hoch. Er empfehle trotzdem, das Thema nicht am heutigen Tage abschließend zu beschließen, sondern in Ruhe durch den Ältestenausschuss vorbereiten zu lassen.

Herr Biehl machte darauf aufmerksam, dass sich der Niedersächsische Städtetag dieses Themas angenommen habe. Aus diesem Grunde schlage er vor, die dortigen Ergebnisse abzuwarten und dann im Ältestenausschuss zu diskutieren.

Herr Stoffers führte aus, hier seien zwei Themen voneinander zu unterscheiden: Zum einen gebe es das Thema „Entschädigungssatzung“. Diese regele den Auslagenersatz und den Verdienstausfall für Ratsmitglieder und sonstige ehrenamtlich tätige Personen. Hierzu habe der Niedersächsische Städtetag eine Entschädigungskommission eingesetzt, die Empfehlungen an die Kommunen aussprechen solle. Die „Entschädigungssatzung“ werde in einer der nächsten Ratssitzungen behandelt. Davon zu unterscheiden sei das Thema „Aufsichtsratsentgelte“. Diese seien von den Empfehlungen der Entschädigungskommission nicht erfasst und würden nach der bisherigen Rechtslage geregelt. Die Verwaltung sehe hier keine Notwendigkeit für Änderungen, es sei denn, es werde jetzt anders beschlossen.

Herr Tjaden stimmte den Ausführungen von Herrn Stoffers zu.

Herr Hellwig signalisierte die Ablehnung des Antrages durch die CDU-Fraktion.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgte die Abstimmung:

Der **Änderungsantrag der BASU-Fraktion** wurde **mehrheitlich abgelehnt**.

Der **Antrag von Herrn Dr. von Teichman** wurde ebenfalls **mehrheitlich abgelehnt**.

B. Einwohnerfragestunde

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde
(§ 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde lagen nicht vor.

Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung
(§ 18 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Herr Radmer bezog sich auf **Tagesordnungspunkt 13** – Bildung der Ausschüsse des Rates und der Gemeinde gem. §§ 71 und 73 NKomVG. Dazu bat er um Auskunft, wo der Bereich „Tourismus“ künftig beraten werde. Dieser sei bislang beim „Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus“ angesiedelt gewesen. Durch die neue Bezeichnung „Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft“ werde dieser Teil jedoch ausgeklammert.

Herr Stoffers erklärte, es sei zwar der Titel verändert, doch bleibe dort auch weiterhin das Thema „Tourismus“ angesiedelt.

Ende der Sitzung: 21:50 Uhr

gez.	gez.	gez.
Glaser Ratsvorsitzende	Wagner Oberbürgermeister	Rogel Protokollführerin